



## Impressum

Copyright 2012  
*Günter Schorn*  
Alle Rechte vorbehalten!

# Einigkeit und Recht und Freiheit

(Nationalhymne)

Ei - nig - keit und Recht und Frei - heit für das  
deut - sche Va - ter - land! Da - nach laßt uns al - le  
stre - ben brü - der - lich mit Herz und Hand! Ei - nig -  
keit — und Recht und Frei - heit sind des  
Glück - kes Un - ter - pfand. Blüh im Glan - ze die - ses  
Glück - kes, blü - he — deut - sches Va - ter - land.

Worte: Hoffmann von Fallersleben 1841

Weise: Joseph Haydn 1797

---

Die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 leidenschaftlich geführte Diskussion um die Einführung einer Nationalhymne wurde im Frühjahr 1952 durch einen Briefwechsel zwischen Bundespräsident Prof. Dr. Theodor Heuss und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer abgeschlossen. Danach ist das Deutschlandlied Nationalhymne, bei staatlichen Veranstaltungen soll jedoch nur die dritte Strophe gesungen werden; nur der Text dieser Strophe ist abgedruckt.

---

# Reden

vor dem

**Deutschen  
Bundestag,**

*die nie gehalten wurden ...*

***Inhalt******Seite***

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Reden</b>	
<b>1. Glaubwürdigkeit</b>	<b>7</b>
<b>2. Berechenbarkeit</b>	<b>12</b>
<b>3. Parteiendenken</b>	<b>17</b>
<b>4. Reformen</b>	<b>23</b>
<b>5. Staatshaushalt</b>	<b>37</b>
<b>6. Politikmoral</b>	<b>48</b>
<b>7. Demokratie</b>	<b>53</b>
<b>8. Genug Frau Bundeskanzlerin</b>	<b>58</b>
<b>Schlusswort</b>	<b>67</b>

## *Vorwort*

Liebe Leserinnen und Leser,  
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
verehrte Mitglieder des Hohen Hauses Bundestag,

„Politik- Verdrossenheit“ sollte dieses Büchlein eigentlich heißen. Aber dieser Begriff ist abgedroschen und riecht nach Resignation.

Immer hatte ich mir gewünscht, einmal eine Rede vor dem Deutschen Bundestag halten zu dürfen. Allzu gerne hätte ich dem Hohen Hause meine Meinung als ganz normaler Staatsbürger und Wähler vorgetragen. Aber es ist nie dazu gekommen. Und so möchte ich ersatzweise in diesem Buch darlegen, was mich bewegt und besorgt macht. Ich hoffe, dass viele von Ihnen es nicht nur lesen, sondern sich auch damit auseinandersetzen. Vielleicht stimme ich den einen oder anderen nachdenklich oder mache ihn gar bestürzt. Bestürzt darüber, dass immer mehr Staatsbürger der Politik den Rücken kehren und frustriert sind, weil sie glauben, dass den Politikern die Bodenhaftung verloren gegangen ist.

Mit meiner Meinung stehe ich nicht alleine da. Das sollten sie bedenken, wenn sie diese Reden lesen. Ich habe den Verwandten, Freunden, Nachbarn und Bekannten auf den Mund geschaut und mich durch regelmäßiges Studium der Medien auf dem Laufenden gehalten.

Vor einiger Zeit hatte ich mit einem ausführlichen Brief an die damalige Bundestagspräsidentin den Vorschlag unterbreitet, man möge im Bundestag einen "Tag des

Bürgers" einrichten, an dem mutige Wähler die Gelegenheit bekommen, den Abgeordneten aus erster Hand Rückkopplung über ihr Wirken zum Wohle unseres Staates zu geben. Mit einem Dankesbrief wurde mir beschieden, dass es leider nicht möglich sei, dass Bürger dem Hohen Hause vortragen. Mit langen Aufzählungen von Paragraphen bis hin zum Grundgesetz wurde mir das bürokratisch - nur leider nicht überzeugend - begründet. Auf die Idee, dass das Hohe Haus das Grundgesetz zu einem guten und nützlichen Zweck auch hätte anpassen können, sind die Mitarbeiter der Bundestagspräsidentin vor lauter Eifer, mir meinen Wunsch auszureden, überhaupt nicht gekommen. Und das ist typisch!

Ich weiß, dass meine Reden dicht gefüllt mit Kritik sind. Das ist Absicht. Ich weiß aber auch, dass es zahlreiche Politiker gibt, deren Moral nicht zu beanstanden ist und die engagiert und zum Wohle des Volkes nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht tun. Leider haben zahlreiche andere den Ruf des Politikers derart ramponiert, dass allgemein große Politikverdrossenheit um sich gegriffen hat. Schade.

Und nun zu den Reden.



# *Glaubwürdigkeit*

## 1. Rede

Verehrtes Hohes Haus,

gestatten Sie mir, meine Jungfernrede dem Thema Glaubwürdigkeit der Politik zu widmen.

Und um es ohne Umschweife und ganz direkt zu sagen: **In den Augen der Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben Sie, liebe Politiker, Ihre Glaubwürdigkeit verspielt.**

Die Folge ist eine katastrophal hohe Anzahl von Bürgern, die nicht mehr zur Wahl gehen oder die Wahl zum **Protest** missbrauchen. Katastrophal deshalb, weil die fehlenden oder protestorientierten Stimmen zu **Wahlergebnissen** beitragen, die nicht mehr die wirkliche Meinung der Bürger der Republik widerspiegeln. Und auch deshalb schlimm, weil Sie, die klugen Politiker, immer wieder zu widersinnigen Schlussfolgerungen aus den prozentualen Wahlergebnissen heraus verleitet werden, Schlussfolgerungen natürlich immer nur zu ihrem Vorteil. Es gibt nur Gewinner nach der Wahl. Zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre!

Erlauben Sie mir bitte, meine Ausführungen an ein paar Beispielen aus den vergangenen Jahren zu erläutern. Es sind nur Beispiele. Vollständigkeit würde Bibliotheken füllen.

Wie, Hohes Haus, sollen wir Bürger zum Beispiel verstehen, wenn sich bei der **NRW- Wahl 2010** eine Partei mit stolzer Brust zur Siegerin erklärt, obwohl sie selbst das schlechteste Wahlergebnis aller Zeiten dort eingefahren und

nichts, aber auch gar nichts dazu beigetragen hat, dass andere Parteien schlecht abgeschnitten haben. Diese haben durch ihr eigenes Verhalten die Einbußen erlitten, die sie verdienten, oder auch hinzugewonnen. Und entscheidend waren die Millionen von frustrierten Nicht- und Protestwählern. Wo ist da das Verdienst der vermeintlichen Siegerpartei? Mit dem Verlust weiterer Prozentpunkte gegenüber ihrer letzten Landtagswahl wurde diese Partei für ihre mangelhafte Leistung in der Opposition weiter abgestraft und gehörte zu den Verlierern. Und jetzt regiert diese Partei mit einer Minderheitsregierung dieses große Land und ist auf Gedeih und Verderb dem Wohlwollen der Ultralinken ausgeliefert, deren Regierungsfähigkeit vor der Wahl energisch bestritten wurde. Rational ist das nicht mehr zu begreifen und emotional: Hier wurde gelogen und getäuscht.

Ein herber Schlag gegen die Glaubwürdigkeit, sehr geehrte Damen und Herren, war auch der Wahlbetrug bei der **Hessenwahl 2008**. Vor der Wahl hat die spätere knappe Siegerin immer wieder betont, dass sie auf keinen Fall mit der Ultralinken kooperieren werde. Und dann unternahm sie alles, um von der Linken zur Ministerpräsidentin gewählt zu werden. Bis sie von ihrer eigenen Partei gestoppt wurde, als ein paar Rechtschaffene und Mutige ihr die Stimme versagten. Diese wurden dafür lange Zeit gemobbt und geradezu bedroht. Welch ein Betrug und übles Gehabe. Das wollen wir Bürger nicht! Machtgewinn um jeden Preis auf dem Fundament von krassen Lügen!

Oder, meine Damen und Herren, betrachten wir die **Bundestagswahl 2005**. Der knappe Verlierer hat vor der Wahl jegliche Erhöhung der Mehrwertsteuer absolut

ausgeschlossen. Er hat das Steuerkonzept der Konkurrenzpartei in Grund und Boden gelogen und deren Repräsentanten übel beschimpft und diffamiert. Eine zwei-prozentige Mehrwertsteuererhöhung wurde als Untergang der deutschen Wirtschaft dargestellt und verteufelt. In Wirklichkeit lagen die Konzepte für eine Mehrwertsteuererhöhung bei seiner Partei bereits vor der Wahl in deren Schubladen. Und nach der Wahl wurde die Mehrwertsteuer mit Zustimmung seiner Partei in der großen Koalition nicht um zwei sondern um vier Prozentpunkte erhöht. Lügen, Lügen, Lügen!

Jüngst, sehr geehrte Damen und Herren haben Sie in diesem Hohen Hause beschlossen, aus der **Atomenergie** auszusteigen. Das ist zu begrüßen. Aber wie kann es sein, dass vor dem tragischen Atomunfall in Japan der größere Teil dieses Hauses die Laufzeit von Atomkraftwerken zur Freude der Energieversorger verlängert hat? Eines der Hauptargumente war: Unsere Atomkraftwerke sind sicher. Was hatte sich daran geändert? Nichts. Aber wir wurden belogen. Neuerliche Tests haben dann bewiesen, dass unsere Atomkraftwerke überhaupt nicht sicher genug sind. Sie hätten also die Laufzeiten auf keinen Fall ohne glasharte Sicherheitsauflagen verlängern dürfen. Ihr Handeln war grob fahrlässig! Und uns Wähler haben sie hinter das Licht geführt.

Uns Bürger, meine Damen und Herren, verunsichert, dass Staaten hoch verschuldet sind und dass um die **Stabilität des Euro** gerungen werden muss. Quer durch alle Parteien profilieren sich Politiker - auch aus diesem Hohen Hause - mit Unkenrufen und undurchdachten Vorschlägen. Es herrscht inzwischen eine Atmosphäre der Verunsicherung,

in der Spekulationen gedeihen und die Lage permanent verschlechtert wird. Klares, gezieltes, schnelles und überzeugendes Handeln wäre angesagt. Stattdessen wird gezögert und monatelang immer wieder nach faulen Kompromissen gesucht. Ja es werden sogar Maßnahmen ins Auge gefasst, die vor wenigen Wochen noch mit dem Brustton der Überzeugung als falsch dargestellt wurden. Ist Ihnen eigentlich bewusst, wie sehr Sie diesem Land und der Wirtschaft schaden?

Anfang 2010 wurde lautstark bekräftigt, dass es **Hilfspakete** für Schuldenstaaten in der EU nicht geben werde! Wenig später - im Mai 2010 - wurde für Griechenland das erste Hilfspaket von 110 Milliarden Euro geschnürt. Es wurde betont, dass es ein Einzelfall ist und bleiben soll. Schon ein paar Wochen später wurde ein Rettungsschirm von 250 Milliarden Euro aufgespannt, dem Irland und Portugal beigetreten sind. "Mehr ist nicht nötig", wurde uns Bürgern erklärt. Kanzlerin und Finanzminister waren sich darin einig. Wiederum ein paar Wochen später machten Rating Agenturen und Fachleute deutlich, dass 750 Milliarden erforderlich sein könnten. Effektiv sollten es dann 440 Milliarden sein, von denen Deutschland 211 Milliarden stemmen muss. Dies wurde im Oktober 2011 in diesem Hause - bei 11 Gegenstimmen auch aus der Regierungskoalition - beschlossen. Auf die widerlichen Begleiterscheinungen rund um diese Abstimmung komme ich noch zu sprechen. Im November ging es weiter damit, dass der Rettungsschirm auf ein bis zwei Billionen Euro gehebelt werden soll. Welch ein Desaster ist diese Vorgehensweise!

Ähnlich verlief es mit dem **Schuldenschnitt für**

**Griechenland.** 50 bis 60 % wurden im November 2011 diskutiert. Sehr viel weniger hätte es sein können, wenn man von Anfang an einen solchen Schnitt vollzogen hätte. Die Haltung Deutschlands wird auch im Ausland nicht mehr verstanden. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben ihren Einfluss in Europa aufs Spiel gesetzt. Jetzt müssen Sie nachtarocken und setzen sich dem Vorwurf aus, dass unser Land Dominanz in der EU anstrebt und den Musterschüler spielen will. 80 Prozent der Griechen mögen die Deutschen nicht leiden. Schlimme Exzesse sind an der Tagesordnung.

**Euro-Bonds** sind angeblich kein Thema. Und wann, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden sie Ihren Kollegen auch darin zustimmen und die gefährlichen Schuldenpapiere im Euroraum zulassen? Schenken Sie uns Bürgern doch endlich reinen Wein ein! Wie steht es um Griechenland wirklich? Wann kommt der unvermeidbare Schuldenschnitt? Wieviel wird Deutschland zur Rettung des Euro beitragen müssen? Wie bekommen wir die Schuldensünder in den Griff? Was wird aus dem Euro? Zerfällt die Eurogemeinschaft und was bedeutet das für unser Land?

Diese Liste, glauben Sie es mir, meine Damen und Herren, ließe sich unbegrenzt fortsetzen. In meinem Freundes- und Bekanntenkreis habe ich die Frage gestellt, welchem Berufsstand **am wenigstens geglaubt und vertraut** wird. Die Meinung ist einhellig: nämlich **dem Politiker**. Umfragen bestätigen dieses Ergebnis. Offensichtlich sind Sie dadurch wenig beeindruckt. Ja einige von Ihnen kokettieren sogar öffentlich damit, dass Politiker nicht immer die Wahrheit sagen dürfen. Ich nenne das infames Lügen und sage: Nein danke!

# *Berechenbarkeit*

## 2. Rede

Sehr geehrte Damen und Herren des Deutschen Bundestages,

ich und mit mir die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wünschen uns **Berechenbarkeit** der Politik. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft, Forschung und Versorgung, nein, meine Damen und Herren, das gilt ganz persönlich für jeden einzelnen von uns. Wir wollen unser Leben und unser Alter verantwortungsvoll gestalten. Dazu müssen wir wissen, was auf uns zukommt. Ausbildung, Beruf, Familiengründung, Firmengründung, Hausbau, Notfallversorgung, Altersversorgung, Wohnsitz, ja sogar Freizeit und Hobby wollen gut überlegt und auf der Basis zuverlässiger und beständiger Gesetze und Verordnungen geplant sein. Sie, die Politiker, haben viel dazu beigetragen, dass wir Bürger nicht mehr wissen, wo es längs geht. Wir sind inzwischen total verunsichert. Sie sind nicht mehr berechenbar. Sie entscheiden situativ und stellen morgen in Frage, was sie heute beschlossen haben.

Folge solchen Handelns sind Entwicklungen wie Sicherheitsdenken, Rückgang der Geburtenrate, Hemmung von Fantasie und Forscherdrang, Unsicherheit, Zurückhaltung, Investitionsscheu, Auswanderung, Flucht in zweifelhafte und spekulative Unternehmungen. Mit Ihrer Unberechenbarkeit, sehr verehrte Damen und Herren, lähmen Sie meinen Elan und meine Leistungsbereitschaft.

Wie, Hohes Haus, steht es um die "**Rente mit 67**"? Man kann grundsätzlich dafür sein oder dagegen. Das ist in

Ordnung und muss sachlich ausdiskutiert werden. Aber einmal dafür und ein anderes Mal dagegen, das geht nicht! Die Fakten liegen seit Jahren klar auf dem Tisch. Es muss etwas grundlegendes geschehen, das langfristig Bestand hat. Sie, verehrte Politiker, ändern aber offensichtlich nach jeder Wahlanalyse Ihre Meinung. Was sollen wir Wähler Ihnen in Sachen Rente noch glauben? Das geflügelte Wort eines früheren Arbeitsministers "Unsere Rente ist sicher" glaubt Ihnen schon lange kein Mensch mehr. Und wieviele Minister und Arbeitskreise haben sich schon seit Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigt? Ich sage Ihnen, warum keine langfristige Lösung zustandekommen kann: Sie schaffen es erstens nicht, innerhalb Ihrer eigenen Parteien eine verbindliche langfristige Rentenstrategie festzulegen. Zu viele Köpfe reden mit und zu viel Rücksicht muss auf Proporz und Lobby genommen werden. Selbst ausgemachte Fachleute werden ignoriert oder sogar mundtot gemacht. Faule Kompromisse und Teillösungen sind das Ergebnis. Und zweitens lähmt Sie die Rivalität zwischen den Parteien. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die eine Partei Thesen aufstellt, die genau das Gegenteil ausdrücken von dem, was die Konkurrenzpartei auf ihre Fahnen geschrieben hat. Alles, was von einer anderen Partei kommt, ist grundsätzlich falsch. Ich nenne das Parteiendenken, und von einem Handeln zum Wohle der Bundesrepublik ist das weit entfernt. Und auch dieses macht Sie schon von Vorneherein unberechenbar. Geschworen und gelobt haben Sie nämlich, sich für das Wohl des Gemeinwesens einzusetzen. Ihr Gewissen sollte Sie leiten, nicht die Parteidisziplin.

Sie schauen von der Bundesebene aus zu, wie eine **Minderheitsregierung in NRW** damit punktet, die

Beschlüsse der Vorgängerregierung Zug um Zug wieder aufzuheben und den alten Zustand wieder herzustellen. Vor und zurück, vor und zurück. Wissen Sie, wieviele Bürger ihre langfristigen Planungen über den Haufen schmeißen müssen, weil heute nicht mehr gilt, was gestern Gesetz wurde? Von Berechenbarkeit kann da keine Rede mehr sein. Leider gilt das inzwischen auch für die Außenpolitik.

Ob unsere **Soldaten in Afghanistan** Erfolg haben können, ist nicht absehbar oder gar berechenbar. Sie, der Deutsche Bundestag, haben die Bundeswehr dorthin geschickt, um den Aufbau des Landes zu unterstützen. Stolz haben Sie immer wieder betont, dass wir Deutschen die einzig richtige Strategie dazu betreiben, während andere Nationen nur die Muskeln spielen lassen. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? Um den Aufbau zu fördern, müssten unsere Soldaten präsent sein und mit den Einheimischen eng zusammenarbeiten. Stattdessen aber führen sie Krieg. Einen Krieg, den die meisten von Ihnen lange Zeit geleugnet haben, weil er nicht in Ihre Wahlkampfprogramme hineingepasst hat. Und statt präsent zu sein, müssen sich unsere Soldaten und Soldatinnen in Ihren Lagern verschanzen. Ihre Ausrüstung ist zu großen Teilen völlig unzureichend. Sie, die Politiker, belügen das Volk, indem sie die wahren Zustände verschweigen oder beschönigen. In einigen Büchern der jüngeren Zeit kann man die Wahrheit nachlesen, die von Betroffenen berichtet und detailliert geschildert wird. Dringend empfehle ich Ihnen, solche Bücher zu lesen! Die offiziellen Informationen sind für Ihr Handeln und Tun als Vertreter des Deutschen Volkes völlig unzureichend oder gar absichtlich gefälscht.

Bleiben wir noch einen Moment im Bereich des

Militärischen. Was sollen unsere NATO-Verbündeten von uns denken, wenn wir sie mit dem UNO- Beschluss zum **Libyen- Einsatz** alleine gelassen haben? Die NATO-Verbündeten durften ihre Soldaten in den Krieg schicken und wir haben uns schön bedeckt im Hintergrund gehalten? Aber wir streben eine Vollmitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat an? Stimmt doch oder? Aber wir sind doch überhaupt nicht berechenbar! Und doch wollen wir in der Welt ein gewichtiges Wort mitreden? Mit Verlaub gesagt: Unsere derzeitige Außenpolitik ist eher von Größenwahn geprägt, als durch Überzeugungskraft und Vorbildlichkeit untermauert. Ein Platz im UNO- Sicherheitrat würde voraussetzen, dass wir in der Welt eine Führungsposition einnehmen. Dazu gehört es auch, Krisenherde zu beruhigen, wenn es sein muss mit Waffengewalt, natürlich im Auftrag der UNO. Aber wir reduzieren die Stärke unserer Bundeswehr auf ein unglaubliches Minimum! Was wollen Sie, liebe Politiker, der Welt denn glauben machen? Von Berechenbarkeit keine Spur!

Eine **Euro- und Finanzkrise** höchsten Ausmaßes steht an. Ganz schnelles Handeln ist angesagt. Die Kapitalzocker lauern im Hintergrund und die Empfindlichkeit der Anleger ist kaum mehr zu überbieten. Berechenbarkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre ein probates Gegenmittel. Aber die Maßnahmen der Regierung zielen auf Zeitgewinn. Zeit zum Beten, dass der Kelch an uns vorüber gehen möge. Die Wahrsager haben Hochkonjunktur. Die Volkswirtschaftslehre nimmt astrologische Züge an. Und Sie, meine Damen und Herren, fordern mehr Mitbestimmung des Bundestages, obwohl Sie zu einem hohen Anteil dazu überhaupt nicht das Wissen und die Erfahrung besitzen, wie zuverlässige Umfragen bestätigen.

Ein großer Teil dieses Hohen Hauses weiß offensichtlich nicht, worüber und wie entschieden werden muss. Das ist eine Katastrophe! Prüfen Sie Ihr Gewissen!

Danke für ihre Aufmerksamkeit.



# *Parteiendenken*

## 3. Rede

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Artikel 21 Absatz (1) des Grundgesetzes behandelt die Parteien. Ich zitiere: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben."

Hierzu, wehrte Mitglieder des Hohen Hauses, erlaube ich mir folgende Feststellungen:

Parteien **wirken**, wie das Grundgesetz besagt, **an der politischen Willensbildung des Volkes mit**. Sie sind nicht das alleinige Instrument der Willensbildung. Sie, meine Damen und Herren, tun aber so! Erreicht haben Sie damit, dass fast die Hälfte der Wahlberechtigten nicht mehr an der politischen Willensbildung teilnimmt!

Die innere Ordnung einer Partei muss **demokratischen Grundsätzen entsprechen**. Dazu gehört es, dass Abgeordnete ihrem Gewissen und nicht der Parteilinie verantwortlich sind. Weit verbreiteter **Fraktionszwang** und Probeabstimmungen sind gesetzeswidrig. Das lässt sich aus dem Grundgesetz folgern. Natürlich ist es sinnvoll, sich innerhalb einer Fraktion auszutauschen und abzustimmen. Jeglicher moralischer, wirtschaftlicher oder politischer Druck verbietet sich aber ohne Ausnahme. Und was tun Sie zum Teil, sehr verehrte Damen und Herren? Sie mobben die

sogenannten "**Abweichler**" und schließen sie aus ihren Parteien aus. Für sie ist es ein Verbrechen, wenn jemand sich nach bestem Wissen und Gewissen nicht der Partei- oder Fraktionsdisziplin unterwerfen mag. Üble Beispiele hat es in der jüngsten Vergangenheit zur Genüge gegeben.

Erlauben sie mir ein Beispiel noch, weil es so anschaulich ist. Ich zitiere aus den Internetnachrichten am 01.10.2011 bei SPIEGEL ONLINE zum Thema Euro- Rettungsschirm:

"Die Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm ist überstanden, aber die Wunden in der Unionsfraktion sind lange noch nicht verheilt. Vor allem Wolfgang Bosbach hat in den vergangenen Tagen mehrfach seinen Unmut darüber geäußert, dass er mit üblen Worten beleidigt worden sei, weil er dem erweiterten europäischen Rettungsschirm nicht zustimmen wollte. So scharf waren die Attacken, dass Bosbach, der seit 1994 für die CDU im Bundestag sitzt, sogar laut darüber nachdachte, bei der nächsten Wahl 2013 nicht mehr anzutreten. Was der CDU-Innenpolitiker offen ließ: Wer ihn attackiert hatte - und mit welchen Worten. ...

Das änderte sich offenbar als Bosbach und Pofalla aufbrachen. An der Tür ranzte Pofalla Bosbach an. Dabei fielen, so rekonstruiert es ein Unionsabgeordneter, unter anderem folgende Sätze: "Ich kann deine Fresse nicht mehr sehen. Ich kann deine Scheiße nicht mehr hören." Ein anderer Abgeordneter erinnert sich nicht an den genauen Wortlauf, bestätigt aber die Auseinandersetzung und sagt, diese Zitate seien "eher untertrieben". Zitatende.

Mit Verlaub Herr **Profalla**: Ich kann Ihre Fresse seitdem auch nicht mehr sehen! Und Sie, Frau Bundeskanzlerin und

Parteivorsitzende der CDU, sind an diesem miesen Stil nicht unschuldig. Hinzu kommt noch, dass eine öffentliche Befragung am Tag vor der Abstimmung ergeben hatte, dass der überwiegende Teil der Abgeordneten nicht einmal genau wusste, worüber er abstimmen sollte. Und das bei einem so weitreichenden Beschluss für die Bundesrepublik Deutschland. Nicht nur das Volk wird unzureichend informiert, sondern sogar die eigenen Parteimitglieder werden bewusst dumm gehalten, damit sie im Sinne der Parteiführung abstimmen.

Oberstes Gebot in einer Demokratie ist es, dass Sie, die Politiker, **zum Wohle des Volkes handeln** müssen. Wie soll man aber verstehen, dass vor Wahlen wichtige Entscheidungen, die dem Wohle des Volkes dienen würden, verzögert und hinausgeschoben werden, weil die Partei Stimmen verlieren könnte, wenn man dem Wähler die Wahrheit sagen und unbequeme Entscheidungen vermitteln müsste? Reines Parteidenken ist das. Und wir Bürger haben dafür keinerlei Verständnis.

Warum ist das so? In ihren Parteien muss man sich hochdienen. Das Wort "**Parteisoldat**" beschreibt den Werdegang. Das Wohl der Partei, nicht der Republik, ist strategisches Ziel. Befördert wird nicht der Tüchtige mit Fachwissen und politischer Kompetenz, sondern derjenige, der am längsten dient und am meisten Stimmen hinter sich vereint, mit welchen Mitteln auch immer. Viel zu viele Parteimitglieder haben sich hochgedient, ohne jemals selbst einen echten Beruf ausgeübt zu haben. Es ist etwas anderes, selbst einmal geschweißt zu haben oder selbst als Ingenieur oder Betriebsleiter tätig gewesen zu sein, als nur darüber - vermeintlich - klug zu reden. Parteisoldaten

werden betriebsblind!

Im August 2011, sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, reisten Sie durch die Lande und kämpften um die Stimmen ihrer Abgeordneten für die Erweiterung des Euro-Rettungsschirmes. Ein früherer Finanzminister Ihrer Union unterstützte sie bei Ihren Bemühungen durch einen Aufruf zur Disziplin in der Presse. Ich zitiere: "Jeder Abgeordnete von CDU und CSU muss wissen, dass er sich in der Opposition wiederfindet, wenn es zu einer Ablehnung kommen würde." Das ist **moralische Erpressung!** Nicht eine Mehrheit zum Wohle des Staates steht hier im Vordergrund, sondern die Geschlossenheit zum Nutzen der Partei und zum Erhalt der Mandate der Parteisoldaten. Auf Abgeordnete, die solchen Aufrufen folgen und ihr Gewissen hinten anstellen, verzichten wir gerne, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine Demokratie lebt von Mehrheiten, aber auch von der Vielfalt der Meinungen. Eine Mehrheit ist nur dann legitim, wenn sie nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des Volkes zustandegekommen ist. Bitte halten Sie sich daran!

Parteien sind keine Staatsorgane. Inzwischen ist es aber soweit gekommen, dass politische Entscheidungen im Bundestag nur noch abgenickt werden und de facto in der Parteienlandschaft beschlossen und ausgehandelt werden. Dies hat dazu geführt, dass andere Wege der politischen Willensbildung verkümmert sind oder nicht Ernst genommen werden. Wie kommt es sonst, dass Politiker Entscheidungen treffen, die überhaupt nicht mehr die Mehrheit der Bürger repräsentieren? Ich nenne nur: Wirtschafts- und Bankenkrise, NATO und Libyen, Wahl des Bundespräsidenten, Sarazin und Euro- Rettungsschirm.

Ein weiterer schlimmer Punkt, der mich an Ihrem Demokratieverständnis zweifeln lässt ist der: Stellen Sie sich mit mir vor, ein Unternehmen verliert am Markt massenhaft Kunden, weil seine Produkte schlecht und teuer geworden sind. Die Konsequenz wäre zu Recht, dass dieses Unternehmen Verluste einfährt und, wenn Besserung nicht gelingt, letztendlich in Konkurs gehen muss. Richtig so! Was aber tun Sie in Ihren Parteien, wenn Ihnen die Wähler und Mitglieder davon laufen, weil sie in deren Augen schlechte Politik machen? Sie schreien nach einem Finanzausgleich des Staates für den Wegfall der Beiträge und Spenden! Mehrfach zu lesen und zu hören in den Medien von Abgeordneten dieses Hauses bis hin zu Generalsekretären. Wir Steuerzahler sollen, wenn wir Ihnen infolge Ihrer schlechten Parteipolitik zu Recht davonlaufen, für Ihre unzulängliche Politik mit Steuergeldern Ihr Versagen kompensieren. Geradezu widersinnig und unverfroren ist das!

Haben wir, verehrte Damen und Herren, in unserem Land überhaupt noch eine Demokratie? Ich sage laut und deutlich nein. Die Hälfte der Bürger kehrt den Parteien den Rücken und geht nicht mehr zur Wahl. Und die Entscheidungen werden nicht im Bundestag getroffen, wie es richtig wäre, sondern in den Parteizentralen nach Proporz, im Sinne der Lobbyisten, unter Machtstreben und mit viel Geschacher festgezurr. Der Bundestag darf unter Wahrung der Parteidisziplin, unter Fraktionszwang und mit viel Unkenntnis entscheiden. Wir haben keine Demokratie mehr sondern eine Oligarchie mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden als Oligarchen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



# *Reformen*

## 4. Rede

Sehr verehrtes Hohes Haus,

das Thema Reformen hat es in sich. Bitte richten sie sich auf eine längere Rede ein.

Was wird uns Wählern nicht alles als "Reform" verkauft? Simple Beitragserhöhungen zu Lasten der Bürger sind in Ihren Augen zu Reformen geworden. Wirkliche Reformen scheitern aber an der Parteiendisziplin und dem Vorteilsdenken der Parteien und Lobbyisten. Der Wille zu wirklichen Reformen, deren Realisierung meistens Jahre dauern und damit über eine Legislaturperiode hinausgehen würde, ist nicht ernsthaft erkennbar. Orientiert an Tagesereignissen wird Aktionismus gezeigt und spontan agiert, wenn denn überhaupt. Viele notwendige Reformen sind nicht in einer Legislaturperiode zu stemmen. Sie, liebe Politiker, benötigen nach gewonnener Wahl ein Jahr Einarbeitungszeit und am Ende der Legislaturperiode ein Jahr für den Wahlkampf. Es bleiben Ihnen nur zwei Jahre effektiver Arbeitszeit. Die Konsequenz: Sie müssen den Handlungsspielraum vergrößern und andere Wege der Projektarbeit finden, wie sie in der Wirtschaft für Großprojekte längst üblich sind. Sie verkaufen uns Kinkerlitzchen als "historische" Reformen und versäumen es, sich um nachhaltige Zukunftslösungen zu kümmern. Und alles dieses vor dem Hintergrund von drastischer Veränderung der Alterspyramide, globaler Klimaveränderung, Umweltverschmutzung, Globalisierung, gewaltiger Schuldenlasten, Energienwende, alle samt langfristige Entwicklungen, die mit Zielstrebigkeit und

Konsequenz permanent begleitet werden müssten.

Wieviele Jahre streiten sie schon über das Thema **Steuerreform**? Der normale Bürger ist nicht mehr in der Lage, seine Steuererklärung selbständig zu erstellen. Die Branche der Steuerberater hat Hochkonjunktur. Die Steuerbescheide sind mit extrem hohen Fehlerquoten behaftet, weil die Gesetze und Verordnungen so kompliziert und zahlreich geworden sind, dass selbst die Finanzbeamten sich nicht mehr vollständig auskennen können. Eine hohe Anzahl von Widersprüchen macht der Finanzverwaltung zusätzliche Arbeit. Zu viele Steuern, ungerechte Steuern, zahlreiche Ausnahmeregelungen, überhastete Änderungsverordnungen, unausgereifte neue Verfahren, die den Bürger entlasten sollen, in Wirklichkeit aber mehr Verwirrung und Aufwand verursachen. Die Steuerflucht wird zu wenig bekämpft. Bürokratismus. Unterschiedliche Steuersätze in den Ländern bei einigen Steuerarten. Länderfinanzausgleich, ein Monster, das ständigen Streit und Kampf auslöst. Verschleuderung von Steuergeldern. All dieses haben sie zu verantworten. Und das Ergebnis: Seit Jahren schaffen sie es nicht, eine verständliche und einsichtige und transparente große Steuerreform auf den Weg zu bringen. Gute Ansätze dazu wurden verlacht und verworfen. Stattdessen haben sie uns, insbesondere dem "kleinen Mann", mit Steuererhöhungen oder -umschichtungen das Leben schwer gemacht.

**Gesundheitsreform.** Alle ihre Versuche, das Gesundheitssystem zu reformieren, haben damit geendet, dass Jahr für Jahr die Beiträge erhöht worden sind. Eine grundlegende Reform hat es nie gegeben, allenfalls kleine Korrekturen am desolaten System. Grundprobleme sind die

fehlende Kontrolle der beteiligten Partner am System wie Krankenversicherungen, Pharma- und Ärztelobby, Apotheken, Kassenärztliche Vereinigung.

Wozu brauchen wir in unserem Land seit Jahren Hunderte von Krankenversicherungen mit gewaltigem Verwaltungsaufwand. Eine Handvoll würde reichen, um die Konkurrenz zu erhalten. Milliarden Euro könnten eingespart werden. Der Verwaltungsaufwand der Krankenkassen - nicht der medizinische Aufwand - beläuft sich auf einige 10 Milliarden. Das Sparpotential wird von Experten auf über 20 Milliarden geschätzt.

Wie kann es sein, dass deutsche Arzneimittel im Ausland erheblich billiger eingekauft werden können als im eigenen Land? Und das, obwohl bei uns ein Massenmarkt vorhanden ist, weil wir Spitzenreiter im Verbrauch von Medikamenten und in der Zahl der Arztbesuche sind. Ein großer Markt müsste doch günstige Preise zur Folge haben. Nein, die gesetzlichen Regelungen erlauben es den Pharmakonzernen in Deutschland Wucherpreise zu nehmen oder veränderte Medikamente als Neuerfindungen mit saftigem Preis auf den Markt zu bringen. Gratulation an die Lobby! Schelte ihnen, den Politikern.

Wie kann es sein, dass nicht erbrachte Leistungen zu Hauf abgerechnet werden können; dass teure Geräte herumstehen, die wegen der Amortisation ausgelastet werden müssen, obwohl das medizinisch nicht notwendig wäre; dass Krankenhäuser für Unterbringung und Verpflegung Tagessätze verrechnen, die nicht einmal in den teuersten Hotels verlangt werden; dass Hygiene derart stiefmütterlich gehandhabt wird, dass durch

Folgeerkrankungen hohe Gesundheitskosten entstehen? Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen, wie uns einschlägige Statistiken zeigen. Und was tun sie dagegen, sehr geehrte Mitglieder dieses Hohen Hauses? Nichts!

Wozu brauchen wir eine Kassenärztliche Vereinigung? Sie ist ein teurer Verwaltungsapparat ohne Kontrolle. Lassen sie doch Arzt und Patient so miteinander umgehen, wie es in der Wirtschaft im Bereich Dienstleistungen üblich ist. Der Arzt stellt und erläutert die Rechnung, der Patient kontrolliert und zahlt und holt sich das Geld bei seiner Versicherung zurück. Bei den privaten Versicherungen funktioniert das auch. Wiederum könnten Milliarden eingespart werden.

Dauerthema **Rentenreform**. Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass die demografische Entwicklung in unserem Land so geartet ist, dass alle bisher bewährten Systeme auf Basis des Solidarprinzips in Zukunft nicht funktionieren werden. Es müssen also Änderungen großen Ausmaßes her! Das derzeitige Rentensystem leidet darunter, dass das eingenommene Geld sofort wieder in Form von Renten ausgegeben werden muss. Es findet so gut wie keine Kapitalbildung statt. Damit gibt es auch keine Zinseinnahmen, die im Laufe der Jahre das Kapital deutlich erhöhen würden. Da die Zahl der Einzahler immer geringer wird und die Zahl der Rentner immer größer, muss eine Rente nach dem Solidarprinzip immer kleiner werden. Die Konsequenz heißt: Eigenvorsorge auf der Basis von Eigenkapitalbildung. Diese Binsenweisheit hat es in sich. Zaghafte Versuche wie Riesterreute oder auch Rüruprente reichen da nicht aus. In Talkshows rechtfertigen sich früher verantwortliche Minister, Politiker und Berater wortgewaltig für ihr Tun. Sie sollten sich an die Brust klopfen, weil sie zu

ihrer Zeit in Anbetracht der Entwicklungen viel zu wenig getan haben, um eine wirklich grundlegende Reform des Rentensystems zu betreiben. Dessen Umstellung wird ein Projekt sein, das Jahrzehnte dauern wird. Aber wer wird es endlich anpacken? Sie hier, meine Damen und Herren?

Ein Punkt liegt mir am Herzen: das **Beamtenrecht**. Aber an dieser Stelle möchte ich es bei der Feststellung belassen, dass unsere Beamten für ihr Tun und ihre Entscheidungen zu wenig zur Verantwortung gezogen werden. Das führt zu leichtfertigem Umgang mit Haushaltsgeldern und zu Geldverschwendung. In einem späteren Vortrag möchte ich mich dieses Themas differenzierter annehmen. Zweifellos ist auch hier eine Reform von Nöten.

Sehr geehrtes Hohes Haus, ich komme nun zu einem Generalthema seit Politikergenerationen, nämlich zum **Föderalismus** und der Anzahl der Bundesländer. Föderalismus soll sein. Das steht außer Frage. Aber müssen es 16 Länder sein? 16 Länder, 16 Parlamente, 16 Regierungen, 16 Verwaltungsapparate, 16 Geheimdienste und Polizeiverwaltungen usw. usw.

Fünf bis acht Bundesländer sind meines Erachtens ausreichend. Ich bin mir bewusst, dass ich ein heißes Thema anschneide. Aber können wir uns 16 Bundesländer leisten? Die Schulden wachsen uns über den Kopf, aber die Milliarden, die sich einsparen ließen, werden einfach ignoriert. Natürlich werden die Länder, die aufgelöst werden sollen, erheblichen Widerstand leisten. Aber dann muss man ihnen sagen, dass sie über Geldmangel nicht klagen sollen. Also weg mit dem Finanzausgleich zwischen den Ländern und sonstigen Subventionen für die Länder. Die

zaghaften Ansätze, die es in dieser Sache bisher gegeben hat, sind alle im Keime erstickt worden. Wie sehr müssen wir noch in Geldnot geraten, damit dieses Thema endgültig und nachhaltig angegangen wird?

Die **Bundeswehrreform**, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist zu einem Reizthema geworden. Sie erheben für unser Land den Anspruch auf einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat. Das bedeutet, dass wir globale Verantwort in der Welt übernehmen müssen. Das bedeutet auch, dass wir den Weltfrieden erhalten und Krisenherde befrieden müssen. Natürlich alles im Rahmen der UNO und in Absprache mit den Bündnispartnern. Das bedeutet auch, dass wir notfalls über unsere Grenzen hinaus militärisch präsent und aktiv sein müssen. Dies wiederum bedeutet, dass unsere Bundeswehr entsprechend ausgebildet und ausgestattet werden muss. Wie verträgt sich das mit der drastischen Reduzierung und mit den einschneidenden Sparmaßnahmen? Unsere Partner im Ausland hegen Zweifel an der Qualifikation und der Zuverlässigkeit. Darin wurden sie bestärkt, als sich unser Land beim Libyen-Einsatz der NATO vornehm zurückhielt und den Partnern, mit Verlaub, die Drecksarbeit überließ.

Die Ausrüstung der Bundeswehr ist heftig in die Kritik geraten, als unsere Soldaten in Afghanistan Krieg führen mussten. Die Beschaffung von Wehrmaterial lässt Zweifel aufkommen, ob es überhaupt ein strategisches Konzept für die Bundeswehr und deren Verwendung gibt. Bürokratismus ist seit Jahren weit verbreitet. Umfangreiche Anschaffungen stellen sich als untauglich heraus. Mit der Schließung einiger Standorte und der Reduzierung der Personalstärke ist es nicht getan. Und ob die Aussetzung der Wehrpflicht

ein richtiger Schritt war, darf bezweifelt werden. Es wäre von Nöten gewesen, vor diesem Schritt ein strategisches Konzept auf den Tisch zu bringen, das mit den Bündnispartnern abgestimmt und auf zukünftige Aufgaben zugeschnitten gewesen wäre. Es passt vieles nicht zusammen, meine Damen und Herren. Hinzu kommt, dass sie uns Wähler über den Afghanistan- Einsatz bewusst getäuscht haben. Kein Krieg sollte es sein. Das war eine Fehleinschätzung der Militärs und der Politiker, an der sie viel zu lange festgehalten haben, weil es ihnen parteipolitisch nicht in den Kram gepasst hat, die Wähler über die Wahrheiten und Folgen eines solchen Krieges zu informieren. Ich weiß, wovon ich rede, weil ich selber 20 Jahre lang als Berufssoldat dieser Bundeswehr angehört habe.

Reden wir über den **Abbau von Subventionen**, verehrte Damen und Herren dieses Hohen Hauses. Was wird nicht alles subventioniert? Die Notwendigkeit des Abbaus von Subventionen scheint ja unbestritten. Sogar Streichlisten wurden von klugen Leuten schon erarbeitet. Aber der Fortschritt in Sachen Subventionsabbau ist gleich Null. Warum wohl? Auf keinem anderen Gebiet sind die Lobbyisten eifriger zu Gange als eben dort. Von der teilweise ungerecht festgesetzten verminderten Mehrwertsteuer über steuerliche Subventionen, wie etwa die Pendlerpauschale, und direkte Zuwendungen bis hin zur Entwicklungshilfe für Staaten, die dabei sind, uns wirtschaftlich zu überholen, ist der Topf der Subventionen prall gefüllt. Viele der Subventionen sind längst überholt und unsinnig geworden, andere dürfen angezweifelt werden. Ich bin sicher, dass Milliarden gespart werden könnten, wenn sie, liebe Politiker, endlich einmal bereit wären, Hand

anzulegen und die Subventionen zu streichen, die nicht überlebensnotwendig oder zur Gewohnheit geworden sind.

Reformen im **Bildungsbereich** kommen immer wieder auf die Tagesordnung. Und wieder ist es so, dass nicht wirkliche Reformen angegangen werden. Dem steht die Hoheit der Bundesländer entgegen, die sich kaum einmal einig sind. Es wird Zeit, hier einzugreifen. Nicht Streitereien über Schulformen, Universitätsabschlüsse und Studiengebühren sind gefragt, sondern tiefgreifende Reformen der Lern- und Studieninhalte und der Ausbildung des Lehrpersonals. Die Welt hat sich gravierend verändert, und doch finden sich in unseren Lehrplänen längst verstaubte Wissens- und Studieninhalte zu Hauf. Die internationalen Bildungsstatistiken zeigen, dass wir in Deutschland schlafen. Im internationalen Vergleich haben wir in den letzten Jahren kräftig verloren. Schulabschlüsse reichen nicht mehr aus, um Lehrstellen zu besetzen und Studienabschlüsse nicht mehr für die Forschung und Entwicklung. Aus dem Ausland müssen wir qualifiziertes Personal anwerben. Was ist faul an unseren Systemen? Ein Grundproblem ist es, dass jedes Bundesland andere Standards und Ziele setzt und dass zwischen den Parteien lieber über Organisation und Formalismen gestritten wird, anstatt sich auf gemeinsame Ziele und Inhalte zu einigen. Machen sie Bildung und Studium zur Bundessache, meine Damen und Herren! Es ist ein Widersinn, wenn Bundesländer über die gegenseitige Anerkennung ihrer Schul- und Hochschulabschlüsse streiten. Im Zeitalter der Flexibilität und Globalisierung ziehen Familien nicht um, weil sie ihren Kindern einen Schulwechsel nicht zumuten können! Andererseits fordert die Arbeitswelt zu Recht hohe Mobilität und Flexibilität.

Eine **Rechtsschreibreform** hat es jüngst gegeben. Auch sie verdient nicht den Namen Reform. Die Länder und Kommissionen haben lange gebraucht. Herausgekommen ist ein fauler Kompromiss, der verdammt viel Geld gekostet hat und wenig bringt. Manches ist komplizierter geworden. Zu viele Köche um den heißen Brei. Der Föderalismus in Sachen Kultur und Bildung sollte auf den Prüfstand gestellt werden.

Bleibt mir noch, die geplante sogenannte Reform der **Verkehrssünderkartei** in Flensburg zu beleuchten. Auch diese, meine Damen und Herren, ist nicht wirklich eine Reform. Eine solche wäre es, wenn sie die Verkehrssünderpunktedatenbank und die dazugehörige Behörde einfach abschaffen würden. Übertragen sie doch deren heutige Aufgaben einfach auf die vorhandene und gut funktionierende Justiz. Schwere Verkehrsvergehen sind kriminell, genau so wie Diebstahl, Körperverletzung oder Betrug. Ein individuelles Gerichtsurteil, bestehend aus angemessener Geldstrafe oder gar Haft, beeindruckt einen Verkehrsraudi viel tiefergehend als ein paar Punkte in Flensburg. Die Punkte sind längst zum Sport geworden und geradezu kalkulier- und planbar. Man bleibt halt etwas braver, solange das Konto hoch belastet ist, und dann kann man sich ja wieder ein paar satte Verkehrsdelikte erlauben. Ein individuelles und empfindliches Gerichtsurteil mit persönlichem Erscheinen vor dem Richter und drastischen abschreckenden Strafen, insbesondere im Wiederholungsfall, wäre wirksamer. Außerdem wäre es gerechter als ein computergesteuertes Bußgeld- und Punkteverfahren. Denn überhöhte Geschwindigkeit in einem Notfall zum Beispiel kann juristisch etwas anderes

bedeuten als ein Bleifuß aus Gewohnheit. Ein Richter kann das beurteilen und differenziert berücksichtigen.

Nach dieser Aufzählung von Reformen, die nicht vorankommen wollen, muss die Frage gestellt werden:  
**Warum ist das so?**

Verehrte Damen und Herren dieses Hohen Hauses, sie **denken zu kurzfristig und viel zu situativ**. Bei jeder Wahl geben sie sich viel Mühe, die Stimmen der Wähler einzufangen. Und Wahlen haben wir wegen der hohen Anzahl von Bundesländern mehr als genug. Damit geht viel Zeit verloren. Nach der Bundestagswahl brauchen sie ein Jahr für Regierungsbildung und Einarbeitung. Am Ende der Legislaturperiode gönnen sie sich ein weiteres Jahr für den nächsten Wahlkampf. Ihnen bleiben nur zwei Jahre für die eigentliche Arbeit. Da sie nicht wissen, ob sie in der nächsten Legislaturperiode in Bundestag oder Regierung vertreten sein werden, sind langfristige Projekte kaum zu bewerkstelligen. Andererseits erfordern die meisten der genannten Reformen zu ihrer Lösung überwiegend Zeiten, die in Richtung 10 Jahre oder mehr zu veranschlagen sind. Die Industrie und Wirtschaft macht ihnen vor, wie man mit solchen Großprojekten umgehen muss. **Projektarbeit ist angesagt**. Projekte müssen präzise definiert, über ein Controlling gesteuert und mit Fachleuten besetzt werden. Sie dauern in fast jedem Fall länger als eine Legislaturperiode und müssen deshalb mit Befugnissen und Mitteln ausgestattet werden, die unabhängig davon sind, welche Partei gerade regiert. Ein effizientes Projektmanagement muss eine Selbstverständlichkeit sein. Fachleute, nicht Politiker, müssen die inhaltliche Arbeit leisten. Dabei dürfen sie natürlich auch erfahrene ältere

Menschen einbeziehen, die nicht Mitglied einer Partei sein müssen, um deren Wissens- und Erfahrungsschatz für unser Land zu nutzen. Eifersüchteleien und Proporzdenken sind Gift für die Projektarbeit. Und hüten sie sich davor, nach einem Regierungswechsel alles rückgängig zu machen, was die Vorgängerregierung entschieden und veranlasst hat, wie es leider zur Zeit mancherorts in unserem Land geschieht.

Ein Wort noch, meine Damen und Herren, zu den weit verbreiteten Unsitten von Lobbyismus, Proporzdenken, Aktionismus und sogenannter Kompromissbereitschaft.

Aus der Sicht des Bürgers könnte man denken, dass Entscheidungen in diesem Hohen Hause nicht mehr nach dem Wunsch und Willen des Volkes getroffen werden, sondern nach den Vorstellungen der **Lobbyisten**. Sie sind von Lobbyisten umgeben und die Parteien werden von ihnen massiv beeinflusst. Ja sie beschäftigen sogar Lobbyisten in ihren Ministerien und Büros, um Gesetzestexte mit zu entwerfen oder gar zu formulieren. Damit machen sie sich abhängig, viel abhängiger als der zurückgetretene Bundespräsident das in seiner Zeit als Ministerpräsident jemals getan hat. Ich frage mich, warum sie das tun. Sie argumentieren damit, dass unbezahltes Personal ihnen willkommen ist, um ihre Bürokapazitäten zu erhöhen. In Wirklichkeit zahlen sie bitter drauf und die Lobby freut sich; denn billiger und direkter kann sie sich Einflussnahme nicht erkaufen. Und wirkliche neutrale und effiziente Projektarbeit wird von Vornherein verhindert.

**Proporzdenken**, meine sehr verehrten Mitglieder des Bundestages, ist keine gute Einstellung für kluge

Personalentscheidungen. Manch einer in diesem Hause oder in den Regierungsmannschaften sitzt nur deshalb dort, weil er zufällig in einer Region tätig war, die nach Meinung der Entscheidungsträger unterrepräsentiert gewesen ist. Das ist aber keine Qualifikation! Und solche "Amtsträger" nehmen fähigeren Menschen den Platz weg. Sie sollten nach Qualifikation, Erfahrung und Können entscheiden, wer wo welche Aufgaben am besten wahrnehmen kann, nicht nach Proporz in Herkunft oder Geschlecht. Auch hier macht ihnen die Wirtschaft vor, wie man es besser machen könnte.

Und **Aktionismus**? Ja es ist schon interessant zu sehen, wieviel Zeit hoch ausgelastete Politiker plötzlich haben, wenn etwas passiert, das man aufgreifen könnte, um uns Wählern zu zeigen, wie aktiv man doch ist. Sie suchen den Splitter im Auge des politischen "Gegners" und sehen den Balken im eigenen nicht. Manche von ihnen kosten die Verfehlungen der Kollegen medienwirksam aus, könnte man meinen. Von einigen sieht man sonst nicht viel. Der Schrei nach einem Ausschuss schallt immer wieder über das Land. Meistens kommt nichts dabei heraus, was man nicht schon über die Medien erfahren hätte. Und Konsequenzen aus den Ergebnissen werden fast nie gezogen. Jede Partei veröffentlicht ihr eigenes "Arbeitsergebnis". Und Zeit für echte Reformen geht durch die Ausschussarbeit verloren.

Ich will nur ein paar Beispiele für Aktionismus nennen: Verschärfung des Waffengesetzes nach Amokläufen, Erhöhung des Strafmaßes für Steuersünder, Strengere Gesetze für die Zwangsverwahrung von Sexualstraftätern, Verschärfung des Hundehaltergesetzes nach öffentlichen Bissattacken, Pendlerpauschale, Gesetz zur Pflichtinstallation von Rauchmeldern, Gesetz zur Einführung

der Energiesparlampen, Kanalprüfungsgesetz, Gesetz zum Nichtrauchererschutz, Schrei nach Ausschüssen jeglicher Art, wenn jemand irgendwo ins Fettnäpfchen getreten ist, Besserwisserei in Medien und Talkshows.

Wie wäre es mit mit einem Gesetz zur Abschaffung des Autos, wo doch jährlich Tausende durch Autos getötet werden? Oder mit einem Gesetz zum Verbot gefährlicher Extremsportarten, wo doch zahlreiche Extremsportler tödlich verunglücken oder der Krankenkasse zur Last fallen? Oder vielleicht ein absolutes Alkoholverbot, wo doch die Krankenkassen Milliarden für Alkoholsüchtige ausgeben müssen? Ein Gesetz zur Installation von Diebstahlsicherungen jeglicher Art, um Einbrüche zu verhindern? Sie merken hoffentlich, dass diese Vorschläge nicht so ernst gemeint sind, obwohl, naja ... Ich möchte sie nicht als Vorschläge für neuen Aktionismus verstanden wissen.

Meine Damen und Herren, in all den genannten Fällen reichen unsere Gesetze meistens aus; sie müssen nur angewendet werden. Dafür haben sie Sorge zu tragen! Und Fehlverhalten von Politikern gehört vor Gericht. Heben sie die Anonymität der betroffenen Kollegen auf und lassen sie den Staatsanwalt tätig werden. Die Stümperei und der Publizismus, den die meisten Ausschüsse zur Folge hatten, hängt uns Bürgern zum Halse heraus. Sie haben weiß Gott Wichtigeres zu tun, wie meine Liste der nicht vorankommenden Reformen deutlich zeigt.

Als letzten Punkt möchte ich mich zu ihrem weit verbreiteten **Proporzdenken** äußern. Dieses Proporzdenken darf nicht verhindern, dass die qualifiziertesten und fähigsten Leute für

die politischen Ämter und für die Durchführung von Reformprojekten herangezogen werden. Leider kann man manchmal diesen Eindruck gewinnen. Proporz kann dann bedacht werden, wenn genügend gleichwertig qualifizierte Personen zur Verfügung stehen. Proporzdenken um jeden Preis lähmt die Erfolgsaussichten.

Ich bitte um Nachsicht, wenn meine Rede etwas lang ausgefallen ist. Mir lief das Herz über und ich musste einmal umfassend los werden, was mich und viele Bürger unserer Republik seit Jahren in Sachen Reformen bedrückt. Sollte es ihnen zu viel gewesen sein und sie in ihrer Aufmerksamkeit überfordert haben, darf ich darauf verweisen, dass diese Rede in meinem Buch nachgelesen werden kann. Das möchte ich wärmstens empfehlen.



# *Staatshaushalt*

## 5. Rede

Sehr geehrte Damen und Herren dieses Hohen Hauses, nicht nur Griechenland, Portugal, Spanien, Irland und weitere Länder der EU und in der Welt sind hoch verschuldet, sondern auch wir. Daran sollten wir in Demut denken, wenn wir über andere urteilen und richten.

Auch wir sind dabei, unseren nachfolgenden Generationen unzumutbare Schuldenberge aufzubürden. Mit Recht muss die Abtragung dieser Schulden ein hoch priorisiertes Staatsziel bleiben. Doch was kann man tun?

Sie, sehr verehrte Politiker, erwecken immer wieder den Eindruck, dass die Schulden nur über Einsparungen gedämpft und abgebaut werden können. Ich sage ihnen, dass dies nur zu einem geringen Teil stimmt. Natürlich sollte man verzichtbare Ausgaben kürzen oder streichen. Aber viel wichtiger ist es, sich durch Reformen und geeignete Maßnahmen langfristig Luft zu verschaffen. Was meine ich damit?

Nehmen sie, meine Damen und Herren, endlich die **Schwarzbücher** und Berichte von Bundesrechnungshof, Bund der Steuerzahler, Verbraucherverbänden und Wirtschaftsinstituten ernst, die ihnen von Jahr zu Jahr und immer wieder neu auflisten, wo die öffentliche Hand Geld zum Fenster hinausgeworfen hat. Sei es, dass Planungsvorhaben die geschätzten Kostenrahmen maßlos überziehen; sei es dass Brücken, Straßen und Bahnhöfe in der Gegend herumstehen, die nie gebraucht werden; sei es, dass sich Kommunen bauliche und verkehrsmäßige

Denkmäler setzen, deren Sinn und Nutzen mehr als zweifelhaft ist; sei es dass Sozialleistungen erbracht wurden, die nicht gerechtfertigt waren; sei es dass Steuern nicht eingetrieben werden und vieles andere mehr. Ziehen sie die "Verantwortlichen" zur Rechenschaft! Stellen sie die Schwachstellen für die Zukunft ab! Decken sie nicht mit dem großzügigen Mantel der Staatshaftung die Sünden der Übeltäter zu! Auch Beamte sollten für ihr Handeln in die Pflicht genommen werden. Sie werden sehen, ein paar Sünder am öffentlichen Pranger werden Wunder bewirken. Und Milliarden an Ausgaben könnten vermieden werden.

Im **Gießkannenprinzip** werden Subventionen verteilt. Die gesamte Finanzhilfe Ost war Jahre lang eine Verteilung der Mittel nach dem Gießkannenprinzip. Richtig wäre es gewesen, die Mittel nach dem Bedarf gut begründeter Projekte zu bewilligen und ein Controlling zu implementieren. Das allein würde wiederum Milliarden einsparen.

Ein Thema, über das ich mich schon zu meiner Bundeswehrzeit vor mehr als 30 Jahren maßlos geärgert habe, ist die **fiskalische Haushaltsführung** der Öffentlichen Hand. Ihr fehlt ebenfalls das effiziente Controlling, wie es in der Wirtschaft üblich ist. Sie verleitet dazu, am Jahresende das genehmigte Budget voll auszuschöpfen und auch noch den letzten Cent auszugeben, weil es sonst nicht möglich ist, Restmittel in das nächste Jahr übertragen zu bekommen. Da werden lieber unnütze Dinge angeschafft, als Geld an die Staatskasse zurückzugeben.

Hinzu kommt, dass die langen **Entscheidungshierarchien**

nicht synchron arbeiten. Ich habe erlebt, dass Gebäude fertig gebaut waren, ohne dass das Personal, das in ihnen arbeiten sollte, überhaupt genehmigt war; dass Geräte angeschafft wurden für Fachleute, die noch nicht eingestellt waren, und als sie dann eingestellt wurden, konnten sie die Geräte nicht brauchen, weil sie ungeeignet waren; dass Material nicht genehmigt wurde zur Ausstattung von Bauten und zur Versorgung von Personal, das dann nicht arbeiten konnte. Die Genehmigung von Infrastruktur, Material und Personal wird erst weit oben in der Hierarchie zusammengeführt. Und so reden viel zu viele Leute mit, und ein projektbezogenes ganzheitliches Controlling findet wiederum nicht statt. Die Folgen kann man heute in den früheren Staatsbetrieben wie zum Beispiel der Telekom immer noch sehen. Dort sind alte, lieb gewonnene hierarchische Strukturen nicht ganz überwunden, und die Organisation und die technischen Systeme sind nicht zusammengeführt. Die Rechte weiß zu oft nicht, was die Linke tut. Hüten sie sich davor!

Viele Milliarden könnten gespart werden, wenn sie endlich die **Anzahl der Bundesländer** drastisch reduzieren würden. Eine Handvoll würde reichen, um den Föderalismus sicherzustellen. Jedes Bundesland hat seine Regierung, sein Parlament, Ministerien, Verwaltungsapparate. Jedes Land hält alle paar Jahre mit großem Kraft- und Kostenaufwand Wahlen ab. Die Länder wetteifern unter einander und ziehen in wichtigen Fragen nicht an einem Strang. Der Länderfinanzaufwand zeigt, dass die meisten Länder ohne Subventionen nicht überlebensfähig sind. Die Schnittstelle zwischen Bund und Ländern ist ständig heiß umkämpft und umso komplizierter, je mehr Länder mitreden dürfen. Gehen sie dieses Großprojekt entschlossen an,

meine Damen und Herren, und die Schuldenlast wird sich in den nächsten Jahren deutlich verringern lassen!

Bieten sie doch endlich der **Schwarzarbeit** entschlossen und konsequent die Stirn! Die Schattenwirtschaft sorgt dafür, dass viele Milliarden Steuern nicht gezahlt werden. Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Lassen sie die Sünder aufspüren und ziehen sie sie zur Rechenschaft. Wenn sie dazu die Zoll-, Finanz- und Fahndungsbehörden personell aufstocken müssen, werden wir rechtschaffenen Bürger das sehr begrüßen. Der damit verbundene Aufwand wird sich ganz schnell amortisieren. Ganze Kolonnen von Schwarzarbeitern werden beschäftigt, ohne dass die Verantwortlichen sonderlich Angst haben müssten, entdeckt zu werden. Das wird viel zu lasch gehandhabt und vielfach noch als Kavaliersdelikt behandelt. Dabei geht es hier wirklich um Milliarden. Und die redlichen Steuerzahler werden von ihren skrupellosen Mitbürgern und Geschäftemachern ungestraft geprellt.

**Treiben sie die Steuern** ein! Auch hier dürfen sie getrost mit der Zustimmung der Wähler rechnen, wenn sie die Personaldecke der Finanz- und Fahndungsbehörden verstärken. Jeder erfolgreiche Steuerfahnder bringt ein Vielfaches des Betrages in die Staatskasse als er selber dieser kostet. Und sie müssen, meine Damen und Herren, keine Skrupel haben, wenn ihnen geheime Daten über Steuersünder angeboten werden. Kaufen sie sie und nutzen sie sie, um die hinterzogenen Steuern in die Staatskasse zurückzuholen. Natürlich darf der Staat nicht Kriminelle fördern. Aber wenn es um seine Existenz geht, ist es erlaubt abzuwägen. Schließlich wehrt der Staat sich auch mit Waffengewalt, wenn er in seiner Existenz angegriffen wird,

und nimmt dabei die Tötung von Menschen in Kauf. Gegen Steuerhinterzieher ist Notwehr erlaubt. Wiederum stehen Milliarden zur Debatte, die dringend benötigt werden.

Hohes Haus, die Liste der Maßnahmen, mit denen sie Geld in die Staatskasse bringen können und sollen, wird immer länger. Ich bitte weiterhin um Aufmerksamkeit.

**Subventionen**, das räume ich gerne ein, können sinnvoll und notwendig sein. Nur, frage ich sie: Ist die heutige Subventionslandschaft noch bedarfsorientiert und begründet? Darüber wird immer wieder situativ debattiert, wenn ein Missstand aufgedeckt wird. Aber es gibt kein schlüssiges mittel- und langfristiges Konzept. Sie, liebe Politiker, setzen immer wieder Untersuchungsausschüsse zu allen möglichen Anlässen und Zwecken ein, warum nicht einen Ausschuss zur neutralen Untersuchung des Subventionsgeflechtes? Oder besser noch: Warum bilden sie nicht ein Projektteam, das einen klaren Auftrag zur Vorlage eines Subventionskonzeptes erhält? Aber bitte mit Fachleuten besetzt und nicht mit lupenreinen Politikern und Lobbyisten nach Proporz und Kompromissfähigkeit! Faule Kompromisse sind bei so viel Geld nicht angebracht. Hier geht es um viele Milliarden. Ich weiß, die Streichung von Subventionen tut den Betroffenen weh. Und natürlich können auch Arbeitsplätze gefährdet sein. Aber wir leben in einer freien Marktwirtschaft und im Zeitalter der Globalisierung. Da müssen alte Zöpfe abgeschnitten werden, auch wenn es wehtut. Natürlich hätte das genannte Projektteam auch die Pflicht, Übergangslösungen für die Betroffenen zu berücksichtigen. Doch langfristig führt kein Weg an einer Überarbeitung der Subventionslandschaft vorbei. Dabei schiele ich nicht allein auf die Einsparung von

Subventionsausgaben, sondern vielmehr darauf, die Subventionen dort zu gewähren, wo es für den Aufschwung der Wirtschaft nützlich ist - Amortisierung gewissermaßen -, und wo es dem Wohl des Staates dient. Ansätze hat es in Form von potentiellen Streichlisten schon gegeben. Aber Streichlisten alleine reichen nicht aus.

Derzeit steigen die **Spritpreise** drastisch an. Der Aktionismus treibt sofort seine Blüten. Politiker fast aller Parteien schreien nach einer Erhöhung der Pendlerpauschale. Welch ein Unsinn! Höchste Gerichte haben sich mit der Pendlerpauschale befasst und der Bundesregierung die Tür offen gelassen, diese Pendlerpauschale ganz abzuschaffen. Tun sie es endlich, verehrte Damen und Herren, tun sie es; denn sie ist ungerecht und hängt mit der Erhöhung der Spritpreise nicht ursächlich zusammen. Warum ist sie ungerecht? Den größten steuerlichen Vorteil erzielen die Begüterten mit ihren Luxusautos. Denen tut ein hoher Spritpreis aber ohnehin nicht weh. Pendler sind meist Vielfahrer. Und diese nutzen die Verkehrsinfrastruktur intensiver und tragen mehr zur Umweltbelastung bei. Also müssen sie dafür auch verursachergerecht bezahlen, so hart wie das auch klingen mag. Mieter und Eigenheimbesitzer, deren Heizöl auch teurer wird, haben keinen Nutzen von der Pendlerpauschale. Auch das wäre im Vergleich mit den Pendlern ungerecht. Und nicht zuletzt reizt die Pendlerpauschale zur Nutzung des Autos. Dies ist wiederum ungerecht gegenüber den Mitbürgern, die ihr Auto umweltbewusst einsetzen und keine Pendler sind. Sie werden bestraft. Richtig wäre, die Pendler durch Ausbau der Nahverkehrssysteme vom Auto wegzulocken oder sie anzuregen, Fahrgemeinschaften zu bilden und

spritsparende Autos anzuschaffen, wenn es denn das Auto sein muss.

Und sorgen sie dafür, liebe Politiker, dass die Energiekonzerne nicht am Kartellamt vorbei nach Belieben ihre Preise erhöhen können! Konkurrenz ist bei den Treibstoffpreisen überhaupt nicht in Sicht.

Aber es wundert mich auch sehr, dass die Aktionisten für die Anhebung der Pendlerpauschale plädieren, wenn der Spritpreis steigt. Das ist doch nicht konsequent zu Ende gedacht. Der Pendler soll also den hohen Steuersatz auf Treibstoff weiterhin bezahlen und darf dafür über seine Steuerklärung mittels Pendlerpauschale seine Steuerhöhe mindern. Bürokratisch bis dorthinaus. Steuern zahlen, von denen man sich ein Teil bürokratisch zurückholen muss. Warum verringern sie nicht direkt den Steueranteil am Treibstoff? Das wirkt sich an der Tankstelle sofort aus und erspart Verwaltungsaufwand. Außerdem ist es gerechter.

**Entwicklungshilfe** kann man auch als eine Art Subvention ansehen. Hier gilt das Gleiche, was ich eben ausgeführt habe. Das Konzept gehört auf den Prüfstand! Sie können uns Bürgern, liebe Politiker, nur schwer vermitteln, dass wir "Subventionen" an Staaten zahlen, die uns in der Weltwirtschaft bereits Konkurrenz machen oder uns in Teilgebieten schon überholt haben. Und auch an Staaten, deren Herrscher ihr Volk ausbeuten oder gar unterdrücken und morden, sollten wir keine Entwicklungshilfe zahlen, ohne Bedingungen zur Demokratisierung und zu den Menschenrechten zu stellen. Und diese Bedingungen müssen überprüft werden dürfen.

In diese Gedankenwelt passt auch das Thema "**Hilfsorganisationen**". Es ist gut, dass Hilfsorganisationen steuerlich gefördert werden. So weit so gut. Aber die Landschaft der Hilfsorganisationen ist unüberschaubar geworden. Hohe Verwaltungskosten, gegenseitige Konkurrenz, Drückerkolonnen zur Eintreibung von Spenden, eine Flut von Bettelbriefen, deren Stil zum Teil bedenklich ist, und Medienaktionismus lösen bei uns Bürgern vielfach Bedenken aus. Es sollte geprüft werden, ob hier nicht teilweise Einhalt geboten und von staatlicher Seite mit gesetzlichen Regelungen eingegriffen werden muss. Ein Teil der Gelder wird mancherorts dazu aufgewendet, um Diktatoren und Kriegsherren zu bestechen, damit sie die Hilfsorganisationen in ihr Land einlassen. So ein Widersinn!

Auch die Verteilung der Spendengelder an die Betroffenen lässt häufig zu wünschen übrig. Millionenbeträge liegen monatelang auf Bankkonten und werden nicht zeitnah verteilt, weil die Organisation nicht klappt. Und viele Betroffene warten lange auf ihr Geld, das sie schnell und unbürokratisch bräuchten. Effiziente Organisation und professionelles Management ist von Nöten. Weniger ist oft Mehr. Eine gewisse Ordnung in die Landschaft der Hilfsorganisationen zu bringen, wäre eine lohnende Aufgabe der Politik, meine Damen und Herren.

Ja und ein Wort zu den **Lobbyisten** noch. Natürlich dürfen gegenüber der Politik Interessen geäußert und auch werbewirksam vorgetragen werden. Es darf aber nicht sein, dass unter Umgehung demokratischer Prinzipien Interessen mit zweifelhaften Mitteln und Methoden durchgesetzt werden können. Was, meine Damen und Herren, sind zweifelhafte Methoden? Zu ihnen zähle ich, wenn Parteien

oder Politiker mit Spenden gefügig gemacht werden. Spenden sind auch Sach- und Personalspenden. Kostenlose Büroeinrichtungen, Reisekostenübernahmen, oder unentgeltliche Überlassung von Mitarbeitern, die den Politikern und Ministerialbeamten politische Texte schreiben oder gar an Gesetzesvorlagen mitwirken. Zweifelhafte Methoden sind auch Schnüffelei, Mobbing und Medienterror. Wir Bürger haben den Eindruck, dass manche politische Entscheidung nicht nach Sache und Notwendigkeit getroffen wird. Besonders "berüchtigt" erscheinen uns die Pharma- und Gesundheitslobby, die Energiewirtschaftslobby, die Bankenlobby, die Rüstungslobby, die Landwirtschaftslobby. Manch einer von ihnen hier und in den Ländern und Kommunen setzt sich dem Verdacht aus, von Lobbyisten beeinflusst zu sein. Und Lobbyisten wirken nie zu ihrem eigenen Schaden, aber sie können durch ihr Wirken zu ihrem eigenen Vorteil leicht dem Staat finanziellen Schaden zufügen.

Zur Lobby kann man getrost auch die **Kassenärztliche Vereinigung** rechnen. Lösen sie sie einfach auf und stärken sie die Eigenverantwortung der Patienten. Die Ärzte sind durch den Ärztebund ausreichend vertreten. Die Abrechnung von Leistungen kann genau so erfolgen wie bei Privatversicherten auch. Der Patient stellt eine effiziente Kontrollinstanz für seine Rechnungen dar. Die Ärzte können nicht mehr Leistungen verrechnen, die nicht erbracht wurden. Mitgliedskarten können nicht mehr missbraucht werden. Der Patient steht dem Arzt auf gleicher Augenhöhe und nicht mehr als Bittsteller gegenüber. Die Ärzte werden gezwungen, ihre Buchhaltungen korrekt und gewissenhaft zu führen. Das Budgetdenken könnte anders gestaltet werden. Glauben sie mir, meine Damen und Herren, es gibt

in unserem Land genügend Fachleute, die ihnen sagen können, wie man es besser macht. Sie müssen es nur wollen! Wenn es ihnen auch noch gelingt, die **Pharmaindustrie** zu zügeln und deren Preisgestaltung zu normalisieren, dann können über die Neuordnung des Gesundheitswesens Milliarden eingespart werden. Die extrem hohen Preise für Medikamente in Deutschland sind eine Folge davon, dass unser Gesundheitssystem sie zulässt. Es herrscht nicht wirklich Konkurrenz und neue Medikamente werden mit horrenden Preisen auf den Markt gebracht, obwohl sie manchmal nicht wirklich neu sind. Und warum sind identische Medikamente in Deutschland viel viel teurer als im Ausland? Apotheken sollten nur noch im Ausland einkaufen, um am deutschen Markt Konkurrenz wirksam zu machen. Aber auch dem stehen Gesetze und Verordnungen entgegen. Und warum sollten Apotheken freiwillig auf ihren satten Gewinn verzichten?

Und zum Abschluss meiner langen Rede möchte ich den Schaden nicht unerwähnt lassen, den **falsche Entscheidungen der öffentlichen Hand** verursachen. Viele dieser zweifelhaften und meist auch kostspieligen Entscheidungen sind nur deshalb entstanden, weil die Entscheidungsträger nicht zur Verantwortung gezogen werden. **Beamtenrecht** und Staatshaftung verleiten allzu leicht zu spontanem und riskantem Handeln. Man weiß ja, dass man nicht ernsthaft zur Rechenschaft gezogen wird und setzt sich gerne ein Denkmal. Die Berichte von Bunderechnungshof, Bund der Steuerzahler und Verbraucherorganisationen wimmeln von unverständlichen Maßnahmen, die mit hohem Kostenaufwand verbunden waren. Brücken, Bahnhöfe, Gleisanlagen, nie vollendete Baumaßnahmen, leere Gebäude, unvollendete Straßen,

Kreisel und Verkehrsschikanen, miserable Baustellenplanung, Schilderwälder auf unseren Straßen, aber auch unberechtigte Auszahlung von Sozialleistungen, unsinnige Ausbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, Fehlplanungen, verschleppte Entscheidungen, riskante Finanzgeschäfte, wie oben schon erwähnt!. All diese Dinge fallen mir ein und ich stelle fest, dass ich noch nie gehört habe, dass wegen solcher Fehlentscheidungen und deren Folgen ein Entscheidungsträger persönlich zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Meistens begnügt man sich damit, dass jemand die politische Verantwortung übernimmt, wenn überhaupt. Hier, verehrte Damen und Herren dieses Hohen Hauses, sollten sie darüber nachdenken, ob das **Beamtenrecht** nicht geändert werden muss, und zwar dergestalt, dass Beamte auch persönlich zur Rechenschaft gezogen und haftbar gemacht werden können, wenn sie grob fahrlässig oder vorsätzlich öffentlichen Schaden angerichtet haben.

So, meine Damen und Herren, das war ein gewaltiger Katalog von Maßnahmen, die sie in Angriff nehmen müssen, um das Geld beizubringen, das dringend gebraucht wird, um den Schuldenberg in unserem Land und bei den Kommunen abzubauen und den nachfolgenden Generationen geordnete und zumutbare Verhältnisse zu hinterlassen.

Ich bedanke mich sehr für ihre Aufmerksamkeit.



# *Politikmoral*

## 6. Rede

Jawohl, meine sehr verehrten Damen und Herren des Deutschen Bundestages, auch in der Politik - und gerade dort - braucht es Moral. Grundgesetz und abendländische Wertvorstellungen liefern den Rahmen dazu. Römisches Recht, Griechische Philosophie, Judentum und Christentum haben diese Wertvorstellungen geprägt. Politiker haben eine Vorbildfunktion und somit die Pflicht, sich besonders streng an die moralischen Grundsätze zu halten.

Ich werde jetzt keine 10 Gebote der politischen Moral postulieren, aber ich werde ein paar Punkte ansprechen, die uns Wählern besonders am Herzen liegen, und von ihnen, den Politikern, gelegentlich falsch gehandhabt werden.

Den dummen Spruch, dass Politiker nicht immer die **Wahrheit** sagen müssen, lehne ich entschieden ab. Unwahrheit ist Lüge! Und wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! Ehrlichkeit ist eine der Kardinaltugenden politischen Handelns. Den Wähler - insbesondere vor einer Wahl - zu belügen, nenne ich Betrug. Vorsätzlicher Betrug ist kriminell! Und wenn sie nicht mehr glaubhaft sind, liebe Politiker, dann sind sie auch nicht mehr berechenbar. **Unberechenbarkeit** wird über kurz oder lang mit Missachtung und Abwahl bestraft. Jüngere Beispiele belegen das. Ehrlichkeit gegenüber ihren Wählern, die ihnen in Vorleistung bei der Wahl hohes Vertrauen entgegengebracht haben, ist unverzichtbar. Aber auch Ehrlichkeit gegenüber sich selbst ist unerlässliche Pflicht. Können sie es vor ihrem Gewissen verantworten, dass sie andere diffamieren, bloßstellen, beschnüffeln, mobben oder

verächtlich machen, nur damit sie sich auf schmutzige Weise Vorteile für ihre Partei oder ihre persönliche politische Position verschaffen? Sie haben einen Eid abgelegt, sich für das Wohl des deutschen Volkes einzusetzen und nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Nicht Machterhalt unter Verstoß gegen moralische Grundsätze wurde ihnen als Pflicht auferlegt. Leider gilt das für Parteien vielfach nicht. Dort werden sie manchmal durch Fraktionszwang und Probeabstimmungen und auch ganz persönlich durch Androhung von unliebsamen Konsequenzen gehörig unter Druck gesetzt. Gegen sein Gewissen abzustimmen ist unehrlich! Es zahlt sich nicht aus, glauben sie mir! Und Fraktionszwang widerspricht dem Grundgesetz!

**Machterhalt** oder gar **Machtgier** führen leider immer wieder zu Entgleisungen und Verstößen gegen die politische Moral. Gewählt sind sie zu Vertretern des Volkes. Ganz ehrlich gefragt: Sind sie es auch? Diese Frage muss sich jeder von ihnen täglich neu beantworten. Eigenwohl statt Gemeinwohl scheint leider die Devise nicht weniger Politiker geworden zu sein. Ich leite diese meine Meinung daraus ab, dass viele von ihnen wenig Zeit im Bundestag und bei ihren Wählern verbringen und stattdessen Parteischaffen und Lobbyarbeit vorziehen oder sich gut "vernetzen", wie es so schön heißt. Andere verbringen Zeiten in Aufsichtsräten, treten gehäuft in Talkshows auf oder schreiben so nebenher an Büchern und Promotionsarbeiten. Politiker gehören nicht in Aufsichtsräte. Das nur nebenbei. Sie kommen dadurch zwangsläufig in Gewissenskonflikte, die meistens zugunsten der Aufsichtsratsfunktion entschieden werden. Wieder andere bereiten sich gründlich auf die Zeit nach dem politischen Mandat vor, indem sie Diktatoren lupenreine Demokraten

nennen, weil sie dann von denen nach ihrer politischen Tätigkeit in einträgliche Managerfunktionen berufen werden.

Fast die Hälfte der wahlberechtigten Bürger unseres Landes geht nicht mehr zur Wahl. Haben sie ernsthaft darüber nachgedacht, warum das so ist? Wir haben die Unehrllichkeit und das Vorteilsdenken satt! Viele von ihnen kennen gar nicht mehr die Meinung ihrer Wähler oder tun nach der Wahl anderes als vorher versprochen. Das ist im höchsten Maße unehrlich und macht sie, wie schon gesagt, auch unberechenbar.

**Verantwortung** für das Gemeinwohl tragen heißt, nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne dieses Gemeinwohles handeln. Jedes andere Handeln ist ein Verstoß gegen politische Moral.

Das Volk hat ein Recht darauf, dass sie die Besten und Fähigsten unter ihnen in politische Ämter wählen. Reines Proporzdenken zum Beispiel ist höchst undemokratisch und führt oft zur Besetzung hoher politischer Ämter mit weniger fähigen Personen. **Personalgeschacher** ist leider an der Tagesordnung. Da wird ein Bundespräsident im dritten Wahlgang gewählt, weil seine Parteivorsitzende Parteipolitik betreibt. Man hätte sich auch auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können, und das Ausland hätte gerufen: "Seht euch diese Deutschen an! Die wählen ihren Präsidenten fast einstimmig." Aber die Chance wurde leichtfertig vertan. Sein Vorgänger wurde aus dem Amt gemobbt und hat aufgegeben, weil er derselben Parteivorsitzenden unbequem geworden war und sich nicht mehr verstanden fühlte. Und nun muss wiederum dieselbe Parteivorsitzende zähneknirschend einem dritten, aber

gemeinsamen, Anwärter zustimmen, den sie schon damals hätte haben können. Theater wird uns hier vorgespielt. Das hat mit Arbeit zum Wohle des deutschen Volkes nichts zu tun. Und die Zustimmung gibt die mächtige Parteivorsitzende nur, damit ihre Koalitionsregierung nicht zerbricht. Viele Beispiele ließen sich noch anführen, wo Personalmaßnahmen und - beurteilungen nicht im Sinne des Volkes entschieden worden sind.

Nach bestem Wissen und Gewissen sollen sie zum Wohle des Volkes entscheiden. Dazu gehört also auch **Wissen**. Wenn man es nicht hat, muss man sich kompetent beraten lassen oder selber Wissen aneignen, das zur gewissenhaften Entscheidung von Nöten ist. Es ist ein Unding, dass die Hälfte der Parlamentarier über die Finanzkrise und die Rettungsschirme nicht wirklich Bescheid weiß, wie eine populäre Fernsehsendung deutlich gemacht hat. Nach welchen Kriterien entscheiden denn diese Nichtwisser? Nach der Parteidisziplin? Aus dem Bauch heraus? Nach Fraktionszwang? An sachlicher Aufklärung und Information scheint es zu mangeln. Viele Gesetzesvorlagen werden im Eiltempo durchgepeitscht. Berater sind nicht selten Lobbyisten statt neutrale Fachleute und Gutachter.

Zur politischen Verantwortung gehört auch **Kostenbewusstsein**. Verschwendung ist unmoralisch! Gehen sie doch bitte mit dem Geld des Staates genau so um wie mit ihrem eigenen. Kaum jemand von ihnen würde sich privat derart verschulden, wie sie den Staat inzwischen verschuldet haben. Und es ist unmoralisch, diese Schulden auf unsere Kinder und Kindeskinde zu übertragen.

Wenn sie Geld ausgeben wollen, müssen sie es zuerst besitzen. Deshalb sollten sie bei der Verkündung ihrer politischen Maßnahmen unbedingt immer einen realistischen Finanzierungsplan vorlegen müssen. Einen realistischen bitte! Die vielen Wahlversprechen ohne glaubwürdigen Finanzierungsplan sollten sie uns Wählern ersparen. Diese Versprechen sind Lügen! Und Lügen sind unmoralisch.

Ähnlich unmoralisch ist es, wenn sie mit Worthülsen und Binsenweisheiten auf **Wählerfang** gehen. Manches politische Interview kommt uns Wählern wie eine Büttenrede vor. Viel gesagt, nichts darf Ernst genommen werden. Oder viel geredet, nichts gesagt. Geben sie lieber kein Interview, wenn sie nichts zu sagen haben. Populismus bringt uns nicht weiter und ödet die Wähler an. Auch auf destruktives Gemecker ohne konstruktiven Hintergrund kann gerne verzichtet werden.

Auch die **Schuld** immer nur bei den anderen zu suchen, zeugt nicht von Moral. Jeder macht Fehler. Darüber muss man reden, natürlich. Aber bitte sachlich und ehrlich und nicht süffisant und verletzend. Besonders unmoralisch sind Schuldzuweisungen auf Verdacht. Erst einmal hinlängen, entschuldigen kann man sich ja immer noch. So bitte nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.



# Demokratie

## 7. Rede

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Deutschen Bundestages,

gestatten sie mir eine gravierende grundsätzliche Frage zu stellen: Leben wir noch in einer **Demokratie**? In der ursprünglichen Bedeutung des Wortes gefragt: Leben wir in einem Staat, in dem das Volk die Macht ausübt?

Zur Demokratie gehören freie Wahlen, Mehrheitsprinzip, Opposition, Verfassungsmäßigkeit, Grundrechte, Bürgerrechte. Vieles von dem besitzen wir, zumindest auf dem Papier. Manches hat sich im Laufe der Zeit abgenutzt und zum Nachteil der Bürger verändert. "**Volksherrschaft**" kann man unserer Demokratie nur noch bedingt bescheinigen.

Es haben sich **Strukturen** entwickelt, die es möglich machen, den Willen des Volkes massiv zu beeinflussen oder gar zu umgehen.

Es mag in ihren Ohren übertrieben klingen, aber der Volksmund spricht es aus: "Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen und nicht was sie sollen." "Die haben doch längst abgehoben und wissen gar nicht mehr, was der kleine Mann will und braucht." "Wir sind doch nur Stimmvieh." Wir werden doch von denen da oben nur gemolken." Solche Sprüche und die Tatsache, dass nur noch knapp mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Urne geht, lassen Zweifel an unserer Demokratie aufkommen.

Da treten zwei Kandidaten an, um sich zum **Bundespräsidenten** wählen zu lassen. Der eine hat die überwältigende Zustimmung des Volkes hinter sich, der andere vertraut auf die Macht der regierenden Parteivorsitzenden. Im dritten Wahlgang gewinnt der Parteisoldat, weil die Regierungskoalition eine knappe Mehrheit in der Wahlversammlung besitzt und weil sogenannte potentielle Abweichler diszipliniert worden sind. Was ist daran demokratisch? Eine Parteivorsitzende hat entgegen dem Wunsch des Volkes ihren Kandidaten durchgesetzt. Der ist nun nicht vom Volke gewählt, sondern in das Amt hineingehoben worden. Reine Partei- und Machtpolitik! Inzwischen musste die genannte Parteivorsitzende zähneknirschend doch noch dem Volkskandidaten zustimmen, weil der von ihr ins Amt gebrachte Bundespräsident wegen moralischer Verfehlungen zurücktreten musste. Auch die Parteivorsitzende sollte zurücktreten.

Nachdem es nun schon bei mehreren Wahlen des Bundespräsidenten nicht nach Volkswillen zugegangen ist, sollte ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob der Bundespräsident nicht direkt, anstatt über den mühsamen und leicht zu missbrauchenden Umweg über die Wahlversammlung, gewählt werden sollte. Eine Direktwahl würde das Amt stärken und der Parteipolitik und dem Machtstreben entziehen. Außerdem würden die unmoralischen Versuche der Beeinflussung von Mitgliedern der Wahlversammlung, das Pochen auf Parteidisziplin oder Ausübung von Fraktionszwang unterbunden. Denken sie darüber nach, meine Damen und Herren.

UNO und NATO verständigten sich darauf, im **Libyenkonflikt** militärische Unterstützung zu gewähren, um den Tyrannen Ghadafi zu vertreiben. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich vornehm der Stimme enthalten. Verwundert hat die Bevölkerung das aus den Medien zur Kenntnis genommen. Dieses Verhalten deckte sich überhaupt nicht mit der überwiegenden Meinung der Bürger. Wieder ein Alleingang am Volk vorbei. Ein Alleingang, der bei Verbündeten und in der ganzen Welt für Verwunderung gesorgt hat. Die Deutschen wollen zwar einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, aber Verantwortung übernehmen möchten sie nicht. Bei Treffen mit Ausländern werden Deutsche immer noch aufgefordert, dieses Verhalten zu erklären. Ich kann es nicht. Und mit Herrschaft des Volkes hat das nichts zu tun, auch nicht mit Handeln zum Wohle des Deutschen Volkes.

Herr **Sarazin** schrieb ein Buch. Es enthielt einige Verirrungen in Sachen Vererbungslehre und Gene. Aber der überwiegende Teil der Bevölkerung war der Meinung, dass die Ausführungen und Beispiele zum Thema Integration sehr viel Wahres enthielten. Zahlreiche Politiker haben Herrn Sarazin vorverurteilt, ohne das Buch überhaupt gelesen zu haben. Die Regierungschefin übte Druck auf den Vorstand der Bundesbank aus, Herrn Sarazin zu entlassen. Sie animierte den von ihr ins Amt gehobenen Bundespräsidenten, Herrn Sarazin vorschnell zu verurteilen und seine Entlassung zu betreiben. Parteiausschlussverfahren wurden eingeleitet. Politiker gaben sich in Talkshows die Türklinten in die Hand, um Herrn Sarazin zu verteufeln. Die meisten holten sich eine blutige Nase, weil sie nicht so recht wussten, wie sie den

Fragen der Reporter beikommen sollten. Der Aktionismus blühte wieder einmal prächtig auf. Und all dieses an der Meinung der Mehrheit des Volkes vorbei.

Statt baldigen **Atomausstieg** haben sie in diesem Hause zuerst einmal beschlossen, die Laufzeit der Meiler zu verlängern. Die Energiekonzerne freuten sich auf satte Gewinne. Die Mehrheit des Volkes war für den sofortigen Ausstieg. Erst nach dem schrecklichen Unglück in Japan haben sie es für nötig befunden, ihre Meinung blitzschnell zu ändern und den sofortigen Ausstieg zu beschließen. Demokratie oder Aktionismus? Und vor allem am Volk vorbei.

Die **Finanzkrise** macht uns gewaltig zu schaffen. Die Schulden Griechenlands sind nicht in den Griff zu bekommen. Da nutzt auch die Taktierei und das Spielen auf Zeit nichts. Im Gegenteil, die Krise wird immer schlimmer. Immer höhere Summen müssen in sogenannte Hilfsfonds eingebracht werden. Tiefe Schuldenschnitte werden diskutiert. Es gibt nur eine Lösung: Lassen sie Griechenland endlich in die verdiente Insolvenz gehen! Das hätte schon vor zwei Jahren geschehen müssen. Da wäre es noch leichter zu handhaben und zu verkraften gewesen. Und Griechenland hätte nie in den Euroraum aufgenommen werden dürfen. Bei sorgfältiger Prüfung hätte man das wissen können. Aber der schnelle Erfolg und Ausbau des Euroraumes war der Politik damals wichtiger. So, meine Damen und Herren, denkt das Volk und mit ihm viele kompetente Wirtschaftsfachleute im In- und Ausland. Und wie denken sie? Fehlende Infrastruktur und Finanzorganisation, fehlender Sparwille, Steuerflucht, mangelnde Einsicht, schwache Wirtschaft, die durch das

Sparen noch weiter gedämpft wird und sich nicht entwickeln kann, Einbindung in den Euroraum, die eine Abwertung einer eigenen Währung verhindert, all dieses lassen darauf schließen, dass in Griechenland ein Wirtschaftswachstum nicht erreicht werden kann und eine Insolvenz unabwendbar ist.

Diese Beispiele und andere mehr zeigen, wie sehr die Politik sich vom Willen des Volkes wegbewegt hat. Machtmissbrauch, Parteidenken, Lobbyismus, Filz und Vorteilnahme haben der Demokratie arg zugesetzt.

Wir haben keine lupenreine Demokratie in unserem Land. Die Parteien sind übermächtig. Ihre Vorsitzenden sind die eigentlichen Machthaber. Es bildet sich eine Oligarchie heran mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden als Oligarchen. Mächtige Verbandspräsidenten und -vorsitzende üben ihren Einfluss aus und haben das Volk längst aus dem Einflussbereich der Macht entfernt. Das Volk dankt es inzwischen durch Abstinenz bei der Wahl. Das tut weh! Ich verlange, dass sich das ändert, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit. Natürlich weiß ich, dass es kein Vergnügen für sie war, mir aufmerksam zuzuhören.



## *Genug, Frau Dr. Merkel, es reicht.*

### 8. Rede

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Frau Dr. Merkel,

in meinen bisherigen Reden habe ich es vermieden, Namen zu nennen, weil es mir um die Sache und nicht um die Personen gegangen ist. In dieser Rede mache ich eine Ausnahme. Sie als die mächtigste Frau in unserem Land oder gar in der Welt, wie manche sagen, stehen natürlich in einer ganz besonderen Verantwortung, sowohl moralisch als auch im weiten Feld der politischen Entscheidungen.

Noch nie hat eine Regierungskoalition in so kurzer Zeit so viel an Zustimmung und Vertrauen in der Bevölkerung verloren wie die ihre.

Dabei führen Sie doch eine Wunschkoalition an. Sie alleine tragen die Hauptverantwortung. Ihren Koalitionspartner haben Sie bis an die Existenzgrenze mit nach unten gezogen. Und all das hat seine Gründe.

In Ihrem Amtseid haben Sie geschworen, Ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, wie alle hier. Das geht in dieser Legislaturperiode oft kräftig daneben. Dazu ein paar Beispiele:

Wie konnte es sein, dass Sie sich öffentlich damit brüsteten und stolz darauf waren, alles getan zu haben, um Herrn **Sarazin** aus seinem Amt zu vertreiben, ohne dass Sie sein Buch gelesen hatten? Das ist ein Skandal. Man kann das Buch durchaus kritisieren, aber in seinen Kernaussagen, die durch Zahlen gründlich belegt sind, hat es in vielen Punkten

Recht. Und das sieht auch die Bevölkerung so.

Und wie kann es sein, dass Sie durch Ihren Druck in der Öffentlichkeit die Bundesbanker und den Herrn Bundespräsidenten darauf festgelegt hatten, schon im Vorfeld einer sachlichen Untersuchung Herrn Sarazin zu verurteilen? Der Bundespräsident hatte sich so in die Klemme gebracht, dass er den Rücktrittskompromiss mit Herrn Sarazin selbst aushandeln und erkaufen lassen musste. Was war an dieser Handlungsweise zum Wohle des deutschen Volkes? Das Volk war überwiegend anderer Meinung als Sie, Frau Bundeskanzlerin. Was halten Sie eigentlich von der viel zitierten Meinungsfreiheit in unserem Lande? Sie haben darauf gepfiffen. Und zwar deshalb, weil die Chance gut war, Herrn Sarazin los zu werden, der Ihnen im Umfeld der damals anstehenden Besetzung der EZB-Spitze hätte hinderlich werden können.

Nichts gegen den damaligen Bundespräsidenten. Aber durch Ihr Taktieren und ihre Absprachen vor seiner Wahl haben Sie ihm keinen Dienst erwiesen. Er galt in großen Teilen der Bevölkerung als Präsident von Ihren Gnaden. Aus parteipolitischen Gründen haben sie seine Wahl eiskalt durchgezogen. Und er wäre ja wohl auch ein potentieller Mitbewerber um die nächste Kanzlerkandidatur in Ihrer Partei gewesen. Schön ihn auf diese Weise los geworden zu sein, wie manchen anderen auch.

Toll wäre es gewesen, wenn die Parteien sich unter Ihrer Führung schon damals für Herrn Gauck entschieden hätten. Er hätte breiten Rückhalt in der Bevölkerung erfahren und im Ausland hätte man die Einigkeit in unserem Land anerkennend bewertet und geschätzt. Aber Sie haben Ihre

Interessen und die Ihrer Partei wieder einmal in den Vordergrund gerückt. Dazu passt auch Ihr Umgang mit zahlreichen Leistungsträgern. Begonnen hat es mit Herrn Mertz, den sich viele in die Politik zurückwünschen. Sie haben ihn von seinem Posten als Fraktionsvorsitzenden weggemobbt. Herrn Oettinger haben sie nach Brüssel fortgelobt. Die Herren Koch und Althaus mochten unter Ihrer Parteiführung nicht mehr weiter machen. Und Herrn Rüttgers haben Sie durch Ihre Bundespolitik zu einer drastischen Wahlschlappe in NRW verholpen. Da mochte auch er nicht mehr. Habe ich noch jemanden vergessen? Ihre Partei blutet aus in Sachen Wirtschaftskompetenz und ökonomischem Sachverstand. Und das weil Sie ihr Machtstreben über den Einsatz für das Wohl des deutschen Volkes stellen. Ja, ich formuliere es ganz schroff einfach so, wie es bei uns Bürgern angekommen ist.

Und was soll die versteckte oder gar offene **Klientelpolitik**? Völlig unverständlich für uns Bürger haben Sie Der **Hotellerie** den ermäßigten Mehrwertsteuersatz eingeräumt und auf eine generelle Mehrwertsteuerreform verzichtet, die dringend erforderlich wäre. Mit Geheimverträgen zum Betrieb der **Atomkraftwerke**, die erst nach und nach ans Licht kamen, und am Bundesrat vorbei räumten Sie der Energiewirtschaft satte Gewinne für die nächsten Jahre ein, und das zu Lasten der Sicherheitsstandards bei alten Meilern. Die **Pharmakonzerne und Ärztelobby** schonen sie bei der sogenannten Gesundheitsreform, die überwiegend in einer Beitragserhöhung für die Versicherten bestand. Herrn Rösler haben Sie Monate lang an einer Reform arbeiten lassen, um ihn am Ende völlig auszubremsen. Von Reform kann keine Rede mehr sein.

Die überfällige Prüfung und Neuregelung von **Subventionen** aller Art gehen Sie gar nicht erst an. Die Lobbyisten könnten ja verprellt werden.

Ihr **internationaler Glanz** verblasst mehr und mehr. Wichtige Industrieländer verübeln Ihnen Ihre zögerliche Handlungsweise in der Finanzkrise. Durch Ihr Zögern haben Sie Kredite für Griechenland und einige andere hoch verschuldete Länder drastisch verteuert und damit der Weltwirtschaft enorm geschadet. Rasches und klares Handeln war angesagt, um den Spekulanten und Zockern die Stirn zu bieten. Und warum haben Sie gezögert? Um den Wählern bei der damals anstehenden NRW-Wahl keine unangenehmen Maßnahmen zumuten zu müssen. Diese hätten ja Stimmen kosten können. War das zum Wohle des deutschen Volkes? Nein das war unehrlich und unprofessionell.

Und Frau Bundeskanzlerin, mit Verlaub, der zwischenzeitlich gute Lauf der deutschen **Wirtschaft** ist nicht Ihr Verdienst. Trotz Ihrer unberechenbaren und zögerlichen Aussitzpolitik sind mutige Unternehmer und schöpferische Fachkräfte am Werk, die sich nicht entmutigen lassen und das Zukunftsrisiko auf ihre Kappe nehmen. Das wird auch international anerkannt und hat nicht zuletzt dazu beigetragen, dass Deutschland einen nicht ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat bekommen hat. Einen ständigen streben Sie ja seit einiger Zeit beharrlich an. Aber Sie haben vergessen, uns Bürgern zu sagen, wieviele Milliarden Euro und wieviele Menschenleben uns dieser Sitz infolge der damit verbundenen Verpflichtungen kosten kann.

Bei der Abstimmung über den militärischen Einsatz in

**Libyen** haben sie sich im Kreise der Bündnispartner der Stimme enthalten. Das hat dem Ansehen unseres Landes im Ausland geschadet und uns für die Bündnispartner unberechenbar gemacht.

Mit verblüffender Schnelligkeit haben sie **Kehrtwendungen** bei der Frage des Ausstieges aus der Atomenergie, bei der Wehrpflicht und in der Bildungspolitik vollzogen. In allen diesen Fällen sind viele Bürger verwundert, weil diese Schwenks situativ erfolgt und nicht zu Ende gedacht sind. Kurz vor diesen Entscheidungen waren sie und ihre Partei noch sehr viel anderer Meinung. Was soll man ihnen noch wirklich glauben? Was wird als Nächstes über Bord gekippt?

Ähnlich verlief und verläuft es immer noch mit den Maßnahmen zur **Finanzkrise**. Immer wieder mussten sie ihre Beteuerungen zur Beruhigung der Bürger zurücknehmen, dass die Hilfen einmalig seien, dass keine noch höheren Hilfen erforderlich wären, dass kein Schuldenschnitt erfolgen müsste, dass Griechenland vor der Insolvenz bewahrt werden könnte. Was stimmt denn nun, verehrte Frau Bundeskanzlerin?

Wo sind Ihre **Visionen und Leitlinien** der Politik? Sie sind unberechenbar und unglaubwürdig geworden, weil Ihre Minister und Parteifunktionäre nicht die gleiche Sprache sprechen. Wir Bürger sind völlig verunsichert. Keine einzige Maßnahme unter Ihrer Regierung verdient wirklich den Namen Reform. Statt Bürokratie auszumisten, für Steuergerechtigkeit zu sorgen, Subventionen abzubauen, Großprojekte konsequent durchzuziehen, die vom Bundesrechnungshof beanstandeten Fehlausgaben abzustellen und die Sünder zur Rechenschaft zu ziehen,

sitzen Sie die Probleme einfach aus.

Kürzlich bereiteten Sie die Mieter und Vermieter, aber auch die vielen Eigenheimbesitzer, öffentlich darauf vor, wegen der **ökologischen Zukunftsplanung** kräftig an deren Umsetzungskosten beteiligt zu werden. Nichts gegen vernünftige ökologische Zukunftsplanung. Aber wie sieht sie denn eigentlich aus? Sie drohen bereits mit den Kosten für die Bürger und geben Anlass, dass findige Fachinstitute und -verbände Hochrechnungen anstellen, die manchen Eigenheimbesitzer um sein Häuschen bringen könnten, weil er die nötigen Investitionen nicht stemmen kann. Das ist Panikmache; ein schlüssiges und verständliches Konzept gibt es noch gar nicht. Was-wäre-wenn-Überlegungen füllen die Medien, weil Sie nicht konkret zu Stuhle kommen.

Und **moralisch** liegt auch einiges im Argen. Herrn Köhler haben sie zum Bundespräsidenten gemacht und in seiner zweiten Amtsperiode so unter Druck gesetzt, dass er resignierte. Ich kann ihn gut verstehen. Wenn das Vertrauensverhältnis dahin ist, sollte man die Konsequenzen ziehen. Und an dem zerstörten Vertrauensverhältnis sind sie nicht ganz unschuldig. Dann haben sie gegen die Meinung der Mehrheit der Bundesbürger Herrn Wulff zum Bundespräsidenten wählen lassen. Statt Konsenz und Harmonie haben sie die Muskeln spielen lassen. Machtpolitik nenne ich das. Leider war er ein Missgriff. Eine gewissenhafte Überprüfung seiner moralischen Qualitäten hätte auch vor seiner Wahl schon ergeben, dass er den hohen moralischen Ansprüchen an das Amt des Bundespräsidenten nicht gerecht werden kann. Und Herrn Gauck wollten sie auch jetzt wieder bis zuletzt

verhindern, weil er ihre Machtspielchen stören und ihnen in Zukunft unbequem werden könnte. Ihm können sie nicht mit der Parteidisziplin drohen. Ich hoffe, dass er sein Amt bürgernah und zum Wohle des Volkes ausüben wird. Ich bin zuversichtlich. Und er wird sicherlich den Finger heben, wenn die Politik Irrwege gehen oder die Moral mit Füßen treten möchte.

Unappetitlich war das Schauspiel, das Herr **Profalla** sich gegenüber Herrn Bosbach erlaubte, als dieser kundtat, dass er vor seinem Gewissen nicht verantworten könnte, für den damaligen Rettungsschirm zu stimmen. Und die im Grundgesetz verankerte Gewissensfreiheit ist für Herrn Profalla ein "Scheiß". Herr Profalla ist einer ihrer vertrautesten Mitarbeiter, Frau Bundeskanzlerin. Sie hätten ihn entlassen müssen. So setzen sie sich der Verdächtigung aus, dass sie diesen Stil billigen. Hauptsache die Parteimitglieder werden gefügig gemacht.

Dem Papst haben sie öffentlich ein Bekenntnis zur Existenz des Holocaust abverlangt, weil ein abtrünniger, geistig verwirrter Bischof diesen gelegentlich infrage stellt. Wir Christen in Deutschland waren erschrocken. Als wenn dieser Papst jemals einen Zweifel daran gelassen hätte, dass es den Holocaust gegeben hat. Ich möchte sie erleben, Frau Bundeskanzlerin, wenn der Papst sich erdreisten würde zu fordern, dass sie ein Bekenntnis zum Grundgesetz abgeben, weil Herr Profalla die Freiheit des Gewissens mit Füßen getreten hat.

Gerade sind sie dabei, verehrte Frau Bundeskanzlerin, sich in die internen Angelegenheiten unserer französischen Nachbarn einzumischen, indem sie Herrn Sarkozy

**Wahlhilfe** leisten. Seinen Konkurrenten ignorieren sie. Was, wenn Herr Sarkozy die Wahl verliert? So unwahrscheinlich ist das ja nicht. Dann werden sie den engsten Partner in der Europäischen Union los sein. Und was dann? Wir brauchen ein dauerhaftes und neutrales Vertrauensverhältnis zu einem so wichtigen Nachbarn. Die Griechen stellen sie schon in Karrikaturen mit Hakenkreuz dar und die Franzosen verwehren sich gegen innere Einmischung. Hüten sie sich vor Autoritätsverlust im befreundeten Ausland.

Vieles passt nicht zusammen. Es mangelt an strategischer Ausrichtung und zuverlässiger Planung. Wann hauen Sie endlich mit der Faust auf den Tisch und wann üben Sie Ihre Richtlinienkompetenz gnadenlos aus? Ich möchte gesichert planen und disponieren können. Dazu müssen Sie berechenbar werden und Vertrauen aufbauen. Nicht nur für die Wirtschaft und Gesellschaft, sondern für mich und meine Familie ganz privat sind Vertrauen und Berechenbarkeit der Politik unverzichtbar.

Sie haben 2011 bei den Wahlen in den Ländern die bittere Quittung bekommen. Und ich würde mir wünschen, die Herren Mertz, Klement, Gauck und Sarazin und ein paar andere würden eine neue Partei gründen. Das könnte dann das Ende der etablierten sogenannten Volksparteien bedeuten.

Sie entschuldigen bitte, wenn ich etwas respektlos die Dinge beim Namen genannt habe. Aber gerade die Zusammenschau der zahlreichen Geschehnisse am Rande der Demokratie machen in ihrer Dichte deutlich, warum die Bürger dieser Republik politikverdrossen geworden sind. Einen Einzelfall würden sie verzeihen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.



## *Schlusswort*

Dies ist kein dickes Buch. Das sollte es auch nicht werden. In meinen Reden habe ich versucht, komprimiert und überdeutlich meine Meinung auf den Punkt zu bringen. Es war mir wichtig klarzumachen, warum so viele Bürger unseres Landes politikverdrossen sind. Einzelbeispiele für sich betrachtet werden allzu gerne und vorschnell wieder ad acta gelegt. "Ist ja nicht so schlimm" oder "Kann ja passieren" mag man nachsichtig sagen. Die Summe der politischen Entscheidungen und Verhaltensweisen, die in den letzten Jahren am Bürgerwillen vorbei gegangen sind, ist es aber, die so sehr verdrossen macht.

Ich weiß, dass einige Diskussionspunkte sich in den Reden wiederholen. Das habe ich zugelassen, weil ich diese Punkte jeweils unter das Motto der Rede stellen und aus dessen Sicht beleuchten wollte.

Natürlich weiß ich auch, dass es in anderen Demokratien vielleicht noch schlimmer zugeht als bei uns. Aber das lasse ich nicht als Entschuldigung gelten. Wir haben die Pflicht, unseren Kindern und weiteren Nachkommen das Land geordnet und ohne übermäßige Schulden zu übergeben.

**Ich hoffe, dass wir darin einig sind.**